Breslauer  Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 121. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 13. März 1877.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Reichstages (12. März 1877).

11 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Hofmann, v. Kameke, v. Voigts-Rhetz, Perzler v. Perglas, v. Roßitz-Wallwitz, Krüger, Michaelis u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abg. Schröder (Lippstadt), die Aufhebung der gegen den Abg. Stötzel schwebenden Strafverfahren wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse begangen und zwar des Fürsten Bismarck in dem Artikel: „Bismarck und die Beschuldigungen der Reichsglocke" und des Oberbürgermeisters Hache zu Essen in dem Artikel: „Das Capital wäre noch einmal gerettet". Der Antragsteller führt aus: daß sich der erste Artikel bezog auf eine durch die Blätter gegangene Notiz, daß ein Ehrengericht über den Fürsten Bismarck in puncto Central-Boden-Credit-Actien-Bank berufen werden solle, im zweiten Artikel werde die durch den Oberbürgermeister Hache in Essen in wahrhaft genialer Weise hervorgerufene Auflösung einer ultramontanen Wählerversammlung besprochen; Herr Hache forderte nämlich den Besitzer des Circus, in welchem die Versammlung stattfinden sollte, auf, eine bauliche Veränderung, den Abbruch eines Anbaues, vorzunehmen. Dadurch entstand ein großes Loch in der Wand und die Versammlung wurde aufgelöst, weil sie nicht in einem geschlossenen Raum tagte (Heiterkeit).

Das Haus nimmt den Antrag einstimmig an.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung des Reichs-Haushaltsetats für das Jahr 1877/78.

Abg. Lucius (Erfurt): Gewiß wird auf allen Seiten des Hauses das Bestreben herrschen, das Gleichgewicht in dem diesjährigen Etat ohne eine Steigerung der Matricularumlagen herzustellen; indeß wird dieses Bestreben, sei es durch Beschränkung der Ausgaben oder durch Steigerung der Einnahmen anderweitigen Ersatz zu schaffen, seine natürliche Grenze an dem Punkte finden müssen, wo man etwa dazu übergehen sollte, Capitalien, die zu Reservebeständen für bestimmte Zwecke gehören, anzugreifen und aufzuzehren. In dieser Richtung aber bewegt sich der Richter'sche Antrag, von dem für mich aus diesem Grunde nur der § 1, der sämmtliche Invalidenpensionen dem Invalidenfonds auferlegt, annehmbar und überhaupt discutabel ist. Der gesammte übrige Theil dieses Antrages würde nicht nur in Folge der nothwendigen Courserniedrigung bei dem zu bewerkstelligenden Verkauf der Effecten finanziell die schwersten Verluste für das Reich herbeiführen, sondern auch, worauf ich besonderen Werth lege, die von der Regierung beabsichtigte Steuer- und Zollreform, deren Nothwendigkeit auch das Haus wiederholt anerkannt hat, ins Ungewisse hinausschieben. Für mich liegt das Hauptmotiv für eine durchgreifende Steuer- und Zollreform in dem Vorhandensein der Matricularbeiträge und in dem steigenden Widerwillen der Einzelstaaten gegen diese directe Steuer überhaupt und insbesondere gegen jede Erhöhung derselben. Wenn wir also in der Nothwendigkeit einer Steuerreform, wie alle Kundgebungen des Hauses darthun, einverstanden sind, so fragt es sich, auf welche Weise und unter Hervorhebung welcher Steuerobjecte dieselbe in's Werk gesetzt werden soll. Bei Beantwortung dieser Frage ist ein Rückblick auf die früheren Verhandlungen des Reichstages von großem Interesse. Die heutigen Debatten sind die genaue Wiederholung der Discussionen, die seit dem Jahre 1869 sowohl bei den Etatsberathungen als auch bei den Steuervorlagen der Regierungen zum wiederholten Male stattgefunden haben. Im Jahre 1869 wurden die Börsensteuer und die Brausteuer abgelehnt, weil ein unmittelbares Bedürfniß zur Deckung von Defecten nicht vorhanden war und weil für ein vorübergehendes Bedürfniß dauernde Lasten nicht geschaffen werden dürfen.

Die Majorität war wohl bereit, neue Steuervorlagen als Theile einer systematischen Finanzreform anzunehmen und diese Ansicht fand damals in dem Abg. v. Benda einen beredten Vertreter; er machte alle die Momente geltend, welche auch noch heute vorgebracht werden. Der Abg. Lasker hat sich damals diesen Ansichten im Allgemeinen angeschlossen; er wünschte wenige aber einträgliche Zölle als feste Einnahmequellen, um die Beschlußfassung über Steuervorlagen den wachsenden Majoritäten des Hauses zu entziehen. Der Bundeskanzler entgegnete auf diese Kritik, man gebe ihm Steuer anstatt Brot und verlangte bestimmte Vorschläge. Der Abg. von Bennigsen antwortete darauf, auch er sehe eine dauernde Steigerung der directen Steuern nicht für möglich an und hielt es für politisch geboten, die Matricularbeiträge zu beseitigen und dem Bunde eigene Einnahmequellen zu schaffen. Die heutige Debatte ist also nur eine Wiederholung der früheren Discussionen. Der Satz, daß eine Steigerung der indirecten Steuern eine Belastung der großen Massen zu Gunsten der besitzenden Klassen herbeiführe, ist unerwiesen, Die Praxis zeigt vielmehr in allen Culturstaaten, daß für die große Masse die directen Steuern drückender sind als die indirecten. Die Statistik zeigt, daß in Frankreich und England über ¾ der gesammten Staatseinnahmen aus den indirecten Steuern fließen. Dieser Thatsache gegenüber ist doch das Steigern der directen Steuern in dem capitalärmsten Lande unter den genannten, in Deutschland, etwas kühn. Die Stempelsteuer ist von jeher als eine der wichtigsten indirecten Steuern anerkannt worden. Die Revision der Stempelsteuer und Uebertragung derselben auf das Reich ist also ein entwickelungsfähiger und richtiger Gedanke. Was die Finanzzölle betrifft, so erlaube ich mir den Namen Tabak zu nennen; es giebt keinen besteuerungsfähigeren Gegenstand, denn er gehört nicht zu den Lebensmitteln. Der Zollertrag für ausländischen Tabak war im Jahre 1864 im Zollverein 2,39 Sgr., in Oesterreich 11 Sgr., in Frankreich 18 Sgr., in England 35 Sgr. pro Kopf der Bevölkerung; dabei steht der Tabaksconsum im umgekehrten Verhältnisse zu der Höhe der Steuern: im Zollverein 3,19 Pfund, in England 0,35 Pfund, in Frankreich 1,15 Pfund, in Oesterreich 1,81 Pfund pro Kopf.

Frankreich hat aus seinem Tabaksmonopol im Jahre 1874 einen Reinertrag von 225,000,000 Francs gehabt, also etwa zwei Drittel unseres Militäretats. (Hört! rechts.) Ich meine, der Reichstag ist moralisch verpflichtet auf ein wirklich durchdachtes Finanzprogramm einzugehen. Auch bezüglich der Organisation der Reichsbehörden können wir uns auf die frühere Stellung des Reichstags beziehen. Ist es möglich, Reichsministerien zu schaffen, ohne daß sie eine Art Hausmacht haben und zugleich Minister des mächtigsten Particularstaates sind? Die Zahl der preußischen Minister ist gesetzlich nicht begrenzt, also können sämmtliche Reichsminister zugleich Sitz und Stimme im preußischen Ministerium haben. Was die Specialetats betrifft, so will ich heute nur auf eine Bemerkung des Abg. Richter erwidern. Die Forderung der Regierung rücksichtlich der neuen Stabsoffiziere ist in der vergangenen Session nicht prinzipiell abgelehnt worden, sondern man hat sich ausdrücklich vorbehalten, sie zu bewilligen, wenn überzeugend nachgewiesen werden sollte, daß die Schlagfertigkeit unserer Armee unter dieser Ablehnung leiden würde. Es ist daher nicht als eine Inconsequenz anzusehen, wenn der Reichstag diesmal auf diese Forderung eingeht. In Betreff der geschäftlichen Behandlung des Etats schließe ich mich den Anträgen der Abgg. Richter und Rickert an, bitte aber die weiter gehenden Anträge der Abgg. v. Maltzahn und Nieper abzulehnen, da die Etats der Zölle und Verbrauchssteuern, sowie der Post- und Telegraphen-Verwaltung am zweckmäßigsten, wie bisher, im Plenum durchberathen werden.

Abg. Dr. Nieper (auf der Tribüne schwer verständlich) weist darauf hin, daß nach der allgemeinen Ueberzeugung der Etat bis zum 1. April unmöglich durchberathen werden könne, die Regierung möge daher bei Zeiten an die Einbringung eines Dilatations-Gesetzes denken. Was die Mehrforderung für die neuen Hauptmannsstellen betreffe, so sei das Centrum entschlossen, dieselbe abzulehnen, da sie darin die Anbahnung einer Vermehrung der Bataillons-Cadres erblicken müsse. Mit dem § 1 des Richter'schen Antrages, betreffend die Erweiterung der Verwendung des Invalidenfonds, sei er einverstanden, über die übrigen Paragraphen desselben behalte sich die Centrumsfraction ihre Entschließung vor, je nach dem Resultat, welche die Prüfung dieses Antrages in der Commission ergeben werde. Redner empfiehlt schließlich seinen Antrag: auch den Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung der Budgetcommission zu überweisen.

Abg. Bezanson (Metz): Meine Herren: Sie werden sofort erkennen, daß ich kein geborener Deutscher bin; ich bin ein Lothringer, der seine Muttersprache besser als die Ihrige sprechen kann. Ich bitte Sie daher, mich mit Nachsicht anhören zu wollen. Meine Herren! Es wird Ihnen nicht auffallend sein, daß ich in diese erste wichtige Debatte eingreife. Elsaß-Lothringen ist berechtigt, seine Stimme hören zu lassen. Bevor ich beginne, möchte ich Ihnen die Ueberzeugung beibringen von der Seelenruhe, mit welcher wir hier auftreten. Unsere Absicht kann nicht sein, auch nur im Mindesten den nationalen Sinn des mächtigen Volkes zu verletzen, dessen Vertreter Sie sind.

Nach unserer Ansicht ist die Annectirung von Elsaß-Lothringen eine der Hauptursachen der Erhöhung des Militäretats. Obwohl allseitig Friede gewünscht wird, erregt diese Annexion ebenso wie die Orientfrage jene Unruhe der Gemüther, welche in allen Ländern fürchterliche Kriegsrüstungen veranlaßt. Darunter leidet Deutschland, leidet ebenso sehr Elsaß-Lothringen, indessen unsere Industrie, welche der des Reiches bedeutend Eintrag thut, selber ihrem Zerfall entgegengeht. Als Vertreter der Stadt Metz, deren Bürgermeister ich während sechs Jahren war, erachte ich als eine Pflicht, durch das Jammerbild dieser Stadt vor Ihnen diese Lage zu beleuchten. In Metz stehen gegenwärtig 3000 Wohnungen leer, der Werth des Eigenthums ist auf die Hälfte herabgesunken und auch zu diesem Preise finden sich keine Käufer. Der Gesammtwerth des Grundeigenthums wurde früher auf 90 Millionen Mark und wird heute kaum auf 40 Millionen Mark berechnet. Nicht besser stehen sich Handel und Industrie. Für 1875 hat das Handelsgericht von Metz Fallimente im Betrage von 526,849 Mk. 7 Pf., für 1876 im Betrage von 809,242 Mk. 17 Pf. constatirt. Das wächst von Jahr zu Jahr. Diese Ziffern sprechen laut, lauter noch, wenn man sich die Zwangsverkäufe und Executionen hinzudenkt, welche der Gerichtshof von Lothringen veranlassen mußte. Trotzdem bleiben unsere Steuer- und Patentsätze dieselben.

Die Bevölkerung hat abgenommen, sehr stark hat die steuerfähige Bevölkerung sich vermindert, und doch müssen die Hinterbliebenen die ganze alte Last tragen. Hierzu kommt, daß die Regierung sich zu Maßnahmen veranlaßt glaubt, die thatsächlich nicht berechtigt erscheinen und äußerst verderblich sind. Ich muß darauf hinweisen, daß gegenwärtig Tausende von Optanten ausgewiesen werden und daß dadurch eine allgemeine Bestürzung im Lande hervorgerufen wird. (Sehr wahr!) Sie können sich kaum einen Begriff machen von der Verzweiflung, deren Zeuge ich war. Im Namen Elsaß-Lothringens, im Namen der Menschlichkeit bitte ich Sie, meine Herren, nicht kalt vor solcher Noth vorüberzugehen. Angesichts dieser Wehen hätten wir ein Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen, ein heroisches Mittel allerdings: überlassen Sie Elsaß-Lothringen sich selbst! Unsere letzten Reichstagswahlen haben bewiesen, daß die Mehrheit der Bevölkerung in den Gesinnungen verharrt, die sie im Jahre 1874 ausgesprochen hat. (Unruhe links.) Deutschland in seiner Macht würde sich hoch erheben in der Bewunderung der Völker, wenn es diesen Act der Versöhnung vollbringen würde. Die Folgen würden darthun, daß dies auch eine gesunde Politik war, und darin läge für die Zukunft eine feste und beruhigende Garantie. Die Völker, statt mit neidischem Blick ihre Gebietserweiterungen zu verfolgen, würden sich in ihrem nationalen Bewußtsein beruhigen und sich redlich die Hand reichen. Dann, m. H., hörten die Alles erdrückenden Kriegsrüstungen auf, das Militär-Budget könnte bedeutend ermäßigt werden und Sie hätten nicht blos dem deutschen Vaterlande, sondern der gesammten Menschheit einen wesentlichen Dienst geleistet. Mein Antrag stützt sich auf wichtige Gründe; es empfiehlt sich derselbe Ihrer Beachtung. Eines werden Sie wohl nicht bestreiten: stärker als die Gewalt ist das Rechtsbewußtsein der Völker. Sollte der Wunsch, den ich festzustellen mich bemühe, zu Nichte werden, Eines wird mir bleiben, mein Trost sein und meine Kraft: ein festes und unerschütterliches Vertrauen in die Zukunft. Sie aber, m. H., werden sich nicht verhehlen, daß, wenn die Gegenwart in Ihnen liegt, die Zukunft in Gottes Hand liegt.

Abg. v. Kleist-Retzow: Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen, und historische Ereignisse lassen sich nicht ungeschehen machen; die Geschichte tritt hier als unerbittliche Richterin auf, und es ist deshalb die erste Bedingung für die elsässischen Abgeordneten, wenn sie etwas segensreich für ihr Land wirken wollen, sich auf den factischen Boden zu stellen, nicht eigensinnig die historische Entwickelung zu negiren; es kann dies nur erreicht werden durch ihre eigene Mithilfe und Theilnahme an der Arbeit im Ganzen. Ich bin mit dem Abg. Richter darin einverstanden, daß ein Deficit oder eine Unterbilanz von 24 Millionen im Verhältniß zu dem großen Etat des Deutschen Reiches eine ganz geringe Summe ist, und ich kann ihm auch darin beistimmen, daß vielleicht noch eine Verminderung dieses Betrages herbeizuführen sein wird, aber auf dem Wege, welchen sein Antrag in Bezug auf die Aufhebung des Invalidenfonds einschlägt, kann ich ihm nicht folgen. Meine Partei ist nicht geneigt, an diesem mons pietatis, an dieser causa pia zu rütteln. Es giebt eine wirthschaftlich-politische Richtung, welche sich nicht scheut, alle Schranken des privaten Capitals zu beseitigen, dagegen dem Staate keinen sicheren Fonds gewähren will, damit das Parlament die Macht über die Regierung völlig in der Hand behält. Das ist aber eine ungesunde Finanzpolitik; durch ein solches Aufzehren der Restbestände wird jeder solide Grund und Boden der Finanzverwaltung entzogen; ich bin aber der Ansicht, daß wir unter den jetzigen Zuständen gerade alle Ursache hätten, einen sicheren Grund zu legen. Das geschieht aber nur durch die Eröffnung eigener Einnahmequellen für das Reich und gänzliche Abschaffung der Matricularbeiträge. Ich habe deshalb vorgestern mit großer Freude gehört, daß der Abg. Lasker die Matricularbeiträge nicht als nothwendig für die constitutionelle Wirthschaft des Reiches erklärte, und ich schöpfe aus seinen Worten die Hoffnung, daß wir diese Umlagen vielleicht schon nach zwei Jahren los sein werden. (Oho! links.)

Dadurch, daß das Reich seine Pflichten auf die Einzelstaaten abwälzt, wird der Einheitsgedanke nicht gefördert, sondern erheblich geschädigt, und wenn die Lasten für die Einzelstaaten zu groß werden, so tritt eine Verschärfung des Particularismus bis zur Reichsfeindschaft ein. Nach meiner Auffassung hat nicht ein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund Matricularbeiträge zu erheben. Bei einer Einheit des Reiches muß aber auch Einheit in der Verwaltung herrschen, und wenn man sich beklagte, daß man keinen einheitlichen Vertreter für die Finanzverwaltung des Reiches habe, so ließe sich hier vielleicht ein Ausweg schaffen und der Versuch machen, analog wie der preußische Kriegsminister zugleich deutscher Reichsminister ist, so auch den preußischen Finanzminister zugleich an die Spitze der Finanzabtheilung der Reichsverwaltung zu stellen. Jedenfalls liegt die Thatsache vor, daß die Matricularbeiträge schon derartig hoch sind und als drückende Last von den Einzelstaaten empfunden werden, daß wir jetzt nicht von Neuem erhöhen dürfen, sondern auf Herabminderung Bedacht nehmen und den so entstehenden Ausfall auf andere Weise decken müssen. Ich sehe nur nicht ein, weshalb man stets von der andern Seite sich so sehr gegen die indirecten Steuern sträubt. Der Abg. Richter sagt zwar, daß dieselben von den Armen viel drückender empfunden würden, als von den Reichen; aber wenn er wirklich für die Armen so sehr besorgt ist, wo war denn der Abg. Richter bei Aufhebung des Wuchergesetzes? Wo war der Abg. Richter beim Erlaß des Actiengesetzes? Wo war der Abg. Richter bei der Gewährung des Privilegiums an das große Capital zur Ausgabe zinsloser Papiere? Noch vorgestern haben wir gehört, daß der Abg. Richter sich gegen die Börsensteuer, trotz der ungemessenen Geschäfte, welche dort getrieben werden, erklärte. Die Mahl- und Schlachtsteuer haben Sie aufgehoben und was haben Sie dadurch erreicht? Gar nichts, denn Brot und Fleisch sind ebenso theuer wie früher. Ich bin der Ansicht, daß die Aufhebung der Matricularbeiträge und die Einführung der indirecten Steuern kein constitutionelles Bedenken erregen kann. Nur in einer glücklichen Vereinigung und Uebereinkommen zwischen Regierung und Volksvertretung wird es möglich sein, zum Segen des Reiches eine gesunde Finanzwirthschaft herbeizuführen. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert: Als der Vorredner die Tribüne bestieg, hatte ich die Hoffnung, daß er uns ein großes Finanzprogramm entwickeln würde, aus dem man irgend welche Lehren ziehen könnte, aber ich muß offen gestehen, daß ich um keinen einzigen Gedanken reicher geworden bin, der für die Behandlung unseres Budgets zu verwerthen wäre. Am wenigsten gehören solche rückgreifende Bemerkungen in die gegenwärtige Etatsberathung, wie sie der Vorredner in Bezug auf die Mahl- und Schlachtsteuer und die Aufhebung der Wuchergesetze gemacht hat; es sind dies Maßregeln, die mehr als hinreichend erörtert sind und bei denen wir sogar von einem großen Theil seiner politischen Freunde unterstützt worden sind. (Hört!) Der Abg. von Kleist-Retzow hat nun auch ausgeführt, die gegenwärtige Etatwirthschaft sei ein Verzehren von Beständen, eine irrationelle Aufzehrung von Kapital. Es ist ja richtig, daß wir uns in den letzten Jahren damit geholfen haben, diejenigen Bestände, welche nicht anders verwerthbar waren, in den Etat hineinzustellen. Ich halte das heute noch für eine rationelle Finanzpolitik. Sie haben einen Invalidenfonds von 187 Millionen Thalern, Sie haben einen Kriegsschatz, der für den Fall der Noth da ist. Nun wollen Sie noch nebenbei in allen Winkeln zerstreut Bestände aufrecht erhalten und gleichwohl über das jährliche Bedürfniß hinaus die Steuern erhöhen? Das wäre verkehrt und der Reichstag thut wohl daran, wenn er, ohne die Finanzkräfte des Reiches zu schädigen, mit überflüssigen Beständen aufräumt und nur dann an die Steuerkraft der Bürger appellirt, wenn es absolut nothwendig ist. Was die Matricularbeiträge anlangt, so glaube ich nicht, daß sich die Hoffnung des Vorredners auf Abschaffung der Matricularbeiträge in 2 Jahren erfüllen wird; er hat aber auch den Abg. Lasker ganz mißverstanden. Derselbe war, wie wir Alle, der Meinung, daß die Form der Matricularbeiträge eine schlechte Art der Besteuerung sei, aber es handelte sich bei der Einführung der Matricularbeiträge darum, eine verfassungsmäßige Garantie für eine demnächstige Einführung einer beweglichen Reichssteuer zu schaffen. Nur unter dieser Voraussetzung hat auch der Abg. Lasker von einer Beseitigung der Matricularbeiträge gesprochen.

Der Reichskanzler ist der Ansicht, daß der Reichstag auch ohne Matricularbeiträge genug Gewalt hätte. Auf diese Deductionen können wir nicht eingehen, nicht blos weil wir es constitutionell für sehr wichtig halten, daß bewegliche von der Bewilligung des Parlaments abhängige Steuern da sind, sondern auch im finanzpolitischen Interesse. Ich halte die festen Etats ohne bewegliche Steuern gerade für einen Schaden der preußischen Finanzverwaltung, weil sie sehr leicht zur Verschwendung des öffentlichen Vermögens führen. Das ist der Grund, warum wir an dieser beweglichen Steuer festhalten werden so lange, bis die Reichsregierung eine Steuerreform entgegenbringt, welche diese Beweglichkeit und dem Reichstag die constitutionelle Mitwirkung bei Feststellung der Einnahmen sichert. (Beifall links.)

Hiermit wird die Generaldebatte über den Etat geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Richter (Hagen): Der Abgeordnete von Kleist-Retzow hat mit einer gewissen Emphase gefragt: Wo war denn der Abg. Richter, als das die Armuth bedrückende Wuchergesetz, so wie das die Herrschaft des großen Capitals hervorrufende Actiengesetz erlassen wurde? Nun, ich war zu Hause (Heiterkeit); ich war bei der Wahl damals durchgefallen. Der Abg. v. Kleist-Retzow verwechselt mich offenbar mit seinem Freunde, dem Abg. v. Blanckenburg, der damals im Namen der conservativen Partei das Actiengesetz als einen großen Fortschritt bezeichnete. (Hört! Hört! Große Heiterkeit.)

Es werden hierauf auf den Antrag des Abg. Rickert alle diejenigen Titel, welche Mehrforderungen enthalten, so wie auf Antrag des Abg. Richter (Hagen) noch einzelne Capitel aus dem Militairetat an die Budgetcommission verwiesen, während sämmtliche übrigen Theile im Plenum behandelt werden sollen.

Es folgt die erste Berathung des von den Abgg. Richter (Hagen) und Gen. vorgelegten Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds, und des Gesetzes, betreffend den nach dem Gesetz vom 8. Juli 1872 einstweilen reservirten Theil der französischen Kriegskostenentschädigung vom 8. Juli 1873.

§ 1 desselben will die sämmtlichen Invaliden-Pensionen aus den Kriegen von 1864 und 1866 und für Angehörige der vormals schleswig-holsteinischen Armee auf den Invalidenfonds übertragen. Nach § 2 sollen 55,350,553 Mark aus den Beständen des Invalidenfonds verwendet werden zur Tilgung von Schulden und zur Deckung einmaliger Ausgaben der Marine-, Post- und Telegraphenverwaltung. Nach § 3 sollen die Zinsen des Fonds für das Reichstagsgebäude jährlich in den Etat aufgenommen werden.

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. von Kleist-Retzow hat den Charakter des Invalidenfonds als eines mons pietatis, als einer pia causa hervorgehoben und dadurch den Antrag weniger als eine Finanzmaßregel, sondern vielmehr als einen Angriff auf die Versorgung der Invaliden gemacht. Eine solche Darstellung weisen wir mit Protest zurück. Die Invaliden hat man in Deutschland nur darben lassen unter der absolutistischen Zeit. (Sehr richtig! links.) Damals war es, wo man sie mit dem Gnadenthaler und der Drehorgel abfand. Seitdem es in Deutschland eine Volksvertretung giebt, seit der Nationalversammlung des Jahres 1848 hat man sich bestrebt, den Invaliden immer das zu geben, was ihnen gebührt. Allerdings, als das Regiment der Partei des Herrn von Kleist-Retzow gleich darauf wieder ans Ruder kam, da war es kläglich genug mit den Invaliden bestellt. Damals bürdete die conservative Partei, obwohl Ueberschüsse reichlich vorhanden waren, dem Volke jährlich neue Steuern auf. Trotzdem ließ man unter dem unfähigen Finanzminister v. Bodelschwingh die Invaliden und sogar die Beamten darben. Erst als Se. Majestät der König, der jetzige Kaiser, dieses unfähige conservative Ministerium beseitigte, hat man für die Invalidenversorgung in Preußen besser gesorgt als bis dahin und ist bisher auf dieser Bahn weiter gegangen. Auch in der Zeit des schärfsten Conflictes haben wir solchen Gesetzen keinen Widerspruch entgegengesetzt, sondern öfters zur besseren Versorgung der Invaliden die Initiative ergriffen. Die Invalidenversorgung ist kein Streit der politischen Parteien, und ich möchte doch den Abg. v. Kleist-Retzow bitten, nicht damit den Anfang seiner parlamentarischen Thätigkeit zu machen, jene Frage zum Gegenstand des Parteistreites in diesem Hause zu machen. (Beifall links.)

Gerade durch unseren Antrag wird erreicht, daß auch die Invaliden von 1864 und 1866 in demselben Maße an diesem mons pietatis theilnehmen sollen und das ist doch also gerade das Gegentheil von dem, was der Abgeordnete von Kleist-Retzow uns suppeditiren zu können meint. Wir würden als Regierung die Mittel finden, die Invaliden aus den früheren Kriegen auch materiell in der Höhe ihrer Competenzen den Invaliden von 1870 und 1871 gleichzustellen. Der Reichskanzler verwirft unseren ganzen Antrag, §§ 1 und 2, und setzt sich damit nicht nur in Widerspruch mit allen Parteien des Hauses, Herrn v. Kleist ausgenommen, sondern auch mit den Namens der verbündeten Regierungen von Seiten des Präsidenten des Reichskanzleramts, Delbrück, im vorigen Jahre abgegebenen Erklärungen. (Hört! Hört! links.) Ich kann nur annehmen, daß der Reichskanzler jene Erklärung vergessen hatte. In Bezug auf den § 2 hat der Reichskanzler dem Antrage vorgeworfen, daß derselbe den Invalidenfonds für laufende Ausgaben ausschütten wolle. Nun, wer den Etat einigermaßen angesehen hat, weiß, daß die von uns aus dem Invalidenfonds zu entnehmenden Summen Zwecken dienen sollen, für welche der Reichskanzler Anleihen aufnehmen will. Es handelt sich also blos darum, ob man hierauf eingehen oder lieber den Weg der Realisirung überflüssiger Bestände beschreiten will. Gleichwohl hat der Reichskanzler, der entweder seinen Etat oder unseren Antrag nicht gelesen hat, uns in weitester Ausführung vorgehalten, wir wollten Kapital verzehren, Nationalvermögen aufbrauchen, österreichische Wirthschaft treiben. Hat er mir nicht zuhören können, so gewann er damit noch nicht das Recht, mir die allerunvernünftigsten Gedanken unterzulegen. Das Wolff'sche Telegraphenbureau in seiner parteiischen Wiedergabe bringt natürlich solche unbegründeten Vorwürfe sehr ausführlich, aber was Abgeordnete reden, gegen welche solche Vorwürfe gerichtet sind, nur mit einigen confusen Worten. Um so mehr müssen wir hier dergleichen unbegründete Vorhaltungen zurückweisen. (Sehr wahr! links.)

Es ist nicht wahr, was der Reichskanzler sagt, daß der Invalidenfonds gesetzlich auch für Invaliden künftiger Kriege bestimmt ist. Für diese wird unter allen Umständen gesorgt werden; müssen wir noch künftige Kriege bestehen, so sei man um so mehr bedacht, dazu unsere wirthschaftliche Kraft zu erhalten durch Vermeidung unnöthiger Steuerbelastungen (Sehr richtig! links.) Das Gesetz sieht einen Revisionstermin schon für 1879 ausdrücklich vor. Die Zulässigkeit einer früheren Revision hat der Präsident Delbrück ausdrücklich zugestanden. Gerade die Invalidenfondsdebatte beweist die Nothwendigkeit eines besonderen Finanzministers, der nicht durch anderweitige Geschäftslast verhindert ist, bei sachlichen Finanzfragen sich gesetzliche

Bestimmungen und frühere Regierungserklärungen zu vergegenwärtigen und damit die erforderliche Sachkenntniß zu verschaffen.

Abg. v. Kleist-Retzow: Ich habe gar nicht daran gezweifelt, daß man in diesem Hause in den Ansichten über die Behandlung der Invaliden einstimmig sei; gerade weil ich mich gefreut habe, über die Art und Weise, wie der Reichstag für die Invaliden gesorgt hat, habe ich den Wunsch geäußert, daß der Invalidenfonds im Interesse der Invaliden ungeschmälert bleibe. Daß der Reichstag, wenn der Fonds anderweitig verwendet würde, in anderer Weise für die Invaliden sorgen würde, nehme ich als selbstverständlich an; aber es ist doch immer empfehlenswerth, wenn man den Invaliden das nicht nimmt, was für sie ausdrücklich bestimmt ist.

Abg. Dr. Lasker: Ich nehme an, daß der vorliegende Antrag der Budgetcommission überwiesen wird und bitte dieselbe, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß dem Fonds nur Ausgaben für gleichartige Zwecke zugewiesen werden, wie diejenigen, für welche er begründet worden ist. So halte ich es für einen guten Gedanken, daß man die Invalidenpensionen aus den älteren Kriegen auf dieselbe Höhe bringen will, wie die aus dem Kriege von 1870 und ich denke, die Finanz-Verwaltung wird diesen Gedanken wohlwollender aufnehmen, wenn die Kosten auf den Fonds angewiesen, als wenn sie aus den laufenden Einnahmen bestritten werden sollen. Ich glaube auch nicht, daß der Invalidenfonds jetzt schon bei seiner höchsten Leistungsfähigkeit angekommen ist. Wenn aber andere Zwecke als Pensionen in Aussicht genommen werden, so scheint mir das sehr bedenklich. Wenn wir in einen neuen Krieg verwickelt werden sollten, so werden wir wahrscheinlich alle bereiten Capitalien zusammen nehmen, um dieses kostspielige Geschäft noch einmal zu treiben; denn in den außerordentlichen Sessionen, in denen der schnell zusammen berufene Reichstag für die Bedürfnisse des Krieges zu sorgen hat, sind alle Gesetze, welche Capitalien festlegen, federleicht. Darum bitte ich dringend, keinen Präcedenzfall zu schaffen und den Invalidenfonds nicht mit anderen ungleichartigen Dingen zu belasten, damit ihm unter allen Umständen eine reichliche Spannkraft erhalten bleibe.

Der Antrag Richter (Hagen) wird darauf an die Budget-Commission verwiesen.

Nachdem das Haus die Rechnung der Casse der Oberrechnungskammer bezüglich desjenigen Theils, welcher die Reichsverwaltung betrifft, der Rechnungs-Commission überwiesen hat, folgt die Verlesung der von den Abgg. Günther und Richter (Meißen) eingebrachten Interpellation: „Geleitet von der Ueberzeugung, daß die auf gewerblichem Gebiete unter der jetzigen Gewerbegesetzgebung entstandenen Mißstände einer Abhilfe bedürfen, gestatten wir uns, an den Reichskanzler die Anfrage zu richten: gedenkt die Reichsregierung zur Beseitigung dieser Mißstände dem jetzt versammelten Reichstage Vorlagen über Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 beispielsweise in Bezug auf das Lehrlingswesen, die Frauen- und Kinderarbeit, die Maßregeln zur Verhinderung des Contractbruchs, die Beschränkung der Wanderlager und des Hausirhandels, sowie in Betreff der Schank- und Gastwirthschaften 2c. zur Berathung zu unterbreiten?"

Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Richter (Meißen): Die offen vorhandenen Mißstände unter unserer jetzigen Gewerbegesetzgebung legen uns ernstlich die Pflicht ans Herz, auf Maßregeln zur Abhilfe bedacht zu sein. Wir beabsichtigen mit unserer Interpellation weder eine Parteidemonstration zu machen, noch irgend einen Schritt gegen die Reichsregierung zu thun, sondern wir hielten gerade die Form der Interpellation für die geeignetste, um der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten über diesen Gegenstand zu äußern. Seit dem Jahre 1869 bis heute sind stets wiederkehrend Petitionen an das Haus gelangt, welche eine Abänderung der Gewerbeordnung anstrebten. Dieselben gingen meistens von Gewerbekammern und anderen im praktischen Gewerbeleben stehenden Leuten aus und sie gelangten nur ein- oder zweimal insofern zur Berücksichtignng, daß sie Enqueten über diese Fragen veranlaßten. Diese Petitionen sind auch nicht in den Jahren einer hochgehenden gewerblichen Bewegung ausgeblieben, sondern stets in derselben Anzahl wiedergekehrt. Wenn man überlegt, daß wir in unserer neuen Gewerbegesetzgebung aus einem Zustande des scharfen Zwanges plötzlich und unvermittelt übergegangen sind in einen Zustand der vollen Freiheit, so wird man zu der Einsicht kommen, daß zur Abhilfe der jetzigen Mißstände gewisse Uebergangsstadien geschaffen werden müssen. Die Nothwendigkeit einer Revision der Gewerbeordnung ist auch bei den Wahlen überall hervorgetreten, und hat ihren Einfluß bei der Aufstellung der Candidaten geübt; ja sie hat sogar in einigen Gegenden eigene Parteibildungen veranlaßt. Wenn wir nicht die Form eines Gesetzentwurfes gewählt haben, so erinnere ich an die neulich vom Abg. Lasker gesprochenen Worte über das Schicksal solcher aus der Initiative der Parteien des Hauses hervorgegangenen Gesetzentwürfe, daß dieselben meistens ihren Zweck verfehlen. Dem Reichstage ist zwar eine Statistik über die Frauen- und Kinderarbeit von der Regierung zugegangen, aber kein Wort über die Schlüsse, welche die Reichsregierung aus diesen Resultaten zieht. Wir haben es auch für zweckmäßig gehalten, die Beschwerden an einzelnen Exempeln zu specialisiren. Das Lehrlingswesen ist entschieden nicht richtig geregelt. Man hat nicht, wie in der englischen Gesetzgebung, den heilsamen Unterschied zwischen Lehrlingen in Fabriken und in Werkstätten gemacht.

Ich halte auch die Einrichtung von Prüfungen für Lehrlinge, ohne zu dem alten Zunftszwang zurückzukehren, nicht für sehr schwierig; jedenfalls ist dieselbe zu empfehlen, damit wir einen gesunden Handwerkerstand bekommen. Ueber die Frage der Frauen- und Kinderarbeit ist viel Widersprechendes gesagt worden. Ueberall zieht sich aber wie ein rother Faden der Gedanke hindurch, daß man wie in England Maßregeln zur Hebung der Sittlichkeit treffen müsse. Ueber den Contractbruch hat die Regierung seit drei Jahren dem Reichstage zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, welche nicht zur Verhandlung gekommen sind, trotz aller Petitionen für dieselben. Wir glauben, es sei jetzt an der Zeit, hiermit ernstlich vorzugehen, wenn wir nicht erst die Spritze bauen wollen, wenn das Haus brennt. Ueber die Frage der Wanderlager schweben im Schoße der Reichsregierung Erörterungen und die Frage der Schankwirthschaften heischt namentlich in Süddeutchland dringend der Lösung. Wir glauben, daß eine offene Behandlung dieser Mißstände deren Abhilfe und damit die Beendigung der gegenwärtigen Krisis durch die Rückkehr des Vertrauens herbeiführen wird.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Für die gegenwärtige Session des Reichstages ist eine Vorlage Seitens der Regierungen wegen einer grundsätzlichen Aenderung der Gewerbe-Ordnung nicht in Aussicht stehend. (Beifall links.) Es wird in Bezug auf die Gewerbe-Ordnung nur ein ganz kleiner Gesetzentwurf, betreffend das Verzeichniß der concessionspflichtigen Gewerbe, vorgelegt werden. Damit will ich keineswegs sagen, daß die verbündeten Regierungen nicht das Bedürfniß anerkennen, einer Aenderung einzelner Punkte der Gewerbe-Ordnung näher zu treten. Die Resultate der Ermittelungen über das Lehrlingswesen, über die Kinder- und Frauenarbeit sind bereits den Regierungen vorgelegt. Das Bedürfniß einer Reform ist allseitig anerkannt, gleichzeitig aber auch die Meinung geäußert worden, daß gerade die jetzige Zeit einer wirthschaftlichen Krisis nicht geeignet zu einer solchen Reform sei, weil sie dem Gewerbebetrieb neue Schwankungen bringen würde. (Sehr richtig! links.) Es liegt auch die Gefahr nahe, daß in der heutigen wirthschaftlichen Lage Bestimmungen getroffen werden, welche man unter normalen Verhältnissen nicht treffen würde. Was die Wanderlager betrifft, so kann ich nur auf die Uebersicht der Entschließungen des Bundesrathes zu den Beschlüssen des Reichstages verweisen; eine Vorlage wird in dieser Beziehung in der gegenwärtigen Session nicht mehr vorgelegt werden können.

Auf den Antrag der Abgg. Richter (Hagen) und Dr. Braun tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Richter (Hagen): Ich ergreife nur das Wort, damit es nicht scheine, als sei die Ansicht des Interpellanten die Ansicht des ganzen Reichstages. Der Interpellant kehrt sich gegen das Princip der freien Concurrenz, trotzdem die Interpellation selbst aus der freien Concurrenz der conservativen und der deutschen Reichspartei hervorgegangen ist. (Heiterkeit.) Die Interpellation erscheint mir als ein Stimmungsbild, wie sie mir während der Wahlagitationen mehrfach begegnet sind. Wir haben in Deutschland lange Zeit unter dem Polizeistaat gelebt und gelitten, der angeblich eine glückliche wirthschaftliche Existenz für das Volk schaffen sollte und daraus sein Recht ableitete, sich in Alles zu mischen. Dieser Polizeistaat ist in wirthschaftlicher Beziehung in der Hauptsache beseitigt worden. Wenn die Geschäfte flott gehen und der Verdienst blüht, so denkt Niemand daran, daß das ein Verdienst der Regierung oder der Polizei sei. Wenn aber in Folge von Ueberspeculation oder unter den Nachwirkungen des Krieges das Gegentheil eintritt, dann bemächtigt sich eine gewisse Niedergeschlagenheit einzelner Volkskreise und es erwachen alte Erinnerungen aus den Kinderjahren an den Polizeistaat; dann heißt es: die Polizei ist schuld, sie muß nicht genug am Platze gewesen sein. Dann erwacht auch in der Polizei eine gewisse Sehnsucht nach der Machtfülle früherer Zeit; sie sagt: nicht wir Beamten sind schuld, sondern die Gesetzgebung, welche uns unsere Macht genommen hat. Von der Polizei kommt Meister Panse in die Wahlversammlung und interpellirt seinen Candidaten, ob dem gegenwärtigen schlechten Zustande nicht durch etwas mehr Polizei abgeholfen werden könne. An solche Wahlinterpellationen erinnert die vorliegende. Der Vorredner hat in seiner Interpellation einige Beispiele der zu ändernden Abschnitte speciell angeführt, dann kommt aber ein Etcetera, hinter dem alles Mögliche Plus an Polizei stecken und in welches man sich alles Mögliche hineinphantasiren kann. Auch die Beispiele sind nicht glücklich. Hat sich denn die Frauen- und Kinderarbeit unter der gegenwärtigen Gesetzgebung geändert; die Gewerbeordnung ist doch in diesem Punkte nur eine Reproduction der preußischen Gesetzgebung; nur in Sachsen waren früher nicht so strenge Bestimmungen. (Heiterkeit.)

Wenn der Vorredner von der Bestrafung des Contractbruches spricht, so muß er dabei nicht vergessen, daß dieses Gesetz im Reichstage keine Sympathie gefunden hat. Was die Hausirer betrifft, so sind die Klagen der kleinen Kaufleute in den kleinen Städten über diesen Punkt seit Menschenalter erhoben; eine fremde Concurrenz stört die monopolisirten Kaufleute allerdings in ihrer Behäbigkeit und Duseligkeit, der Brotneid spielt dabei eine große Rolle. Früher eiferte man gegen die Jahrmärkte, jetzt gegen die Wanderlager. Was nun die Gast- und Schankwirthschaften betrifft, so wird die Polizei in dieser Beziehung in Preußen jetzt viel strenger gehandhabt, als vor der Gewerbeordnung. Je mehr man mit den Wirthschaften die Concurrenz beschränkt, um so mehr concentrirt sich die Trinkgesellschaft in einer Wirthschaft, diese wird viel unterhaltender und die Trinklust gestaltet sich viel intensiver, als die einer in mehrere Wirthschaften zerstreuten Gesellschaft. Die süddeutschen Wirthschaften sind übrigens unter der größeren Concurrenz viel reinlicher und comfortabler geworden. Was sollen derartige Interpellationen überhaupt zur Förderung unserer parlamentarischen Arbeiten beitragen? Interpellationen über Tagesbegebenheiten und einzelne Maßnahmen der Regierung sind ja am Platze; wenn man aber Interpellationen über die ganze Gewerbepolitik einbringt, dann kann man nächstens auch große Plaudereien veranstalten über den Schutzzoll und Freihandel im Allgemeinen, oder über directe und indirecte Steuern, oder über das beste Wahlsystem, oder darüber, ob die Regierung nicht das Programm der deutschen Fortschrittspartei annehmen wolle, wie man ihr jetzt zumuthet, das specifisch sächsisch-conservative Programm für Gewerbeordnung zu dem ihrigen zu machen.

Ich möchte aber an die deutsche Reichspartei einige ernste Worte richten. Das deutsche Volk hat in mancher Beziehung nicht alle seine Erwartungen erfüllt g sehen, was die politische Freiheit angeht. Wir haben eine große Steuerlast und Militärlast. Eines hat das Reich als unzweifelhaften Gewinn gebracht: die Befreiung der wirthschaftlichen Kräfte, die es einem jeden ermöglicht, seine Kraft da und dort nutzbar zu machen, wo es für ihn und die Allgemeinheit am Einträglichsten ist. Hüten Sie sich, an diesen Errungenschaften, um ein Wort des Abg. Bamberger zu benutzen, anzufangen zu kratzen; lassen Sie uns diese Errungenschaften erhalten und stellen wir sie namentlich nicht in Frage in einer Zeit, wo die wirthschaftlichen Verhältnisse so trübe sind. Polizeimaßregeln werden hier wahrlich nicht zu helfen im Stande sein. Große wirthschaftliche Bewegungen kann man nicht mit Polizei und kleinen Gesetzen neutralisiren wollen. Daß dies und jenes an der Gewerbeordnung zu bessern sei, ist richtig; aber die jetzige Zeit ist wenig unbefangen dazu. Wenn wir, nach der Signalrakete, die neulich der Abg. Ackermann losgelassen, und die allerdings in der Luft zerplatzte, diese Interpellation als einen reactionären Angriff auf die Gewerbeordnung betrachten sollen, dann weisen wir sie a limine zurück im gemeinsamen deutschen Interesse. (Beifall.)

Abg. v. Helldorff: Mir ist es unmöglich, den Blick vor den Uebelständen, die in unserem Gewerbsleben gegenwärtig überall zum Himmel schreien, in dem Maße zu verschließen, wie das von den Rednern der liberalen Seite des Hauses und speciell von dem Vorredner geschehen ist. Mir scheint in der That die Gewerbeordnung, wie sie heute besteht, einen bedeutenden Theil der Schuld an diesen Uebelständen zu tragen, und ich fürchte sehr, wenn die Herren von der liberalen Seite in diesem Tone fortfahren, ihre wirthschaftlichen Errungenschaften zu vertheidigen, daß sie dann jeden Appell im Volke verlieren. Meine Partei hat sich, wie den Mitgliedern bekannt sein wird, mit dieser Frage in der gegenwärtigen Session auch bereits beschäftigt und einen selbstständigen Antrag eingebracht, der aber im Gegensatz zu der heutigen Interpellation die Punkte und Bestimmungen, die abgeändert werden sollen, positiv und bestimmt bezeichnet. Wir werden Gelegenheit haben, wenn dieser Antrag zur Debatte steht, uns des Näheren hierüber auszulassen; ich erwähne heute nur, daß außer der Lehrlingsfrage insbesondere die Frage der Strafbarkeit des Contractbruchs uns am Herzen liegt. Wir wollen das Prinzip der freien Arbeit nicht aufgeben, wollen aber durch gesetzliche Bestimmung für Aufrechterhaltung derjenigen durch die heutige Gewerbefreiheit vernachlässigten Ordnung sorgen, ohne die ein gedeihliches Staatsleben nicht existiren kann.

Abg. Dr. Braun: Die gestellte Interpellation ist eine solche de rebus omnibus et quibusdam aliis. Sie will die Gewerbeordnung umändern, erklärt aber: wie dies geschehen soll, das weiß ich nicht und deshalb will ich die Regierung fragen, die es vielleicht eben so wenig weiß. (Heiterkeit.) Eine derartige Interpellation zu widerlegen, ist gerade so unmöglich, wie etwa der Versuch, einen Vagabunden aus seinem Domicil zu vertreiben. (Heiterkeit.) Trotzdem freue ich mich, daß die Interpellation gestellt wurde und zwar deshalb, weil sie Seitens der Reichsregierung im Wesentlichen eine ganz präcise Abweisung erfahren hat, die für mich Nichts zu wünschen übrig ließ. Die Gewerbeordnung ist unter den Gesetzen, die im Deutschen Reiche zu Stande gekommen sind, eines der allerbesten; sie hat Einheit in den wirthschaftlichen Verkehr gebracht und bis jetzt ihre sehr guten Früchte getragen. Es war absolut nothwendig, die Niederschläge des sinkenden Mittelalters endlich einmal aus dem Wege zu räumen, den alten Schutt und das Geröll fortzuschaffen, um dadurch den Grund zu neuen Bauten zu gewinnen. Ich gebe zu, daß einzelne Punkte in der Gewerbeordnung verbesserungsbedürftig sind, die Lehrlingsfrage gehört aber nicht zu diesen. Das ist keine Frage der Gewerbefreiheit, sondern der Erziehung der Jugend. (Sehr richtig! links.) Ich muß gestehen, daß mir das Vorgehen der altconservativen Partei in dieser Frage weit besser gefällt, als das der deutschen Reichspartei. Die erstere hat einen sachlich bestimmten positiven Antrag gestellt, über den sich discutiren läßt. Jedenfalls wird die Debatte darüber fruchtbringender sein, als die über die heutige Interpellation. Was aber der Abg. Helldorf mit dem „Appell im Volke" meinte, den wir verloren hätten, das weiß ich nicht, es sollte wohl jedenfalls „Echo" heißen (Heiterkeit). Nun, meine Herren, nicht jedes Echo ist angenehm und wir verzichten gern auf ein solches, wenn es dadurch hervorgerufen wird, daß man den Leidenschaften und Irrthümern im Volke schmeichelt.

Als Solon seine große Reformgesetzgebung in Athen glücklich durchgeführt hatte, ließ er sich vom Volke versprechen, an diesen Gesetzen ohne seine Zustimmung nichts zu ändern und darauf trat er eine 15jährige Reise an, damit inzwischen die Wirkungen dieser Gesetzesreform zum Bewußtsein kommen könnten. Wenn man aber ganz entgegengesetzt dieser Solonischen Weisheit an der Uhr der Gesetzgebung fortwährend den Zeiger vor- und zurückrückt, so zerstärt man das Werk und das Vertrauen in die zukünftige Entwickelung. Man schafft nicht Neubauten, sondern schlägt damit das Bestehende in Trümmer, und in Trümmern kann Niemand wohnen. Wollen wir also das Vertrauen zurückkehren lassen, so thuen wir am besten, uns auf den Standpunkt zu stellen, den die Bundesregierung heute kundgegeben hat und zu erklären: die Gewerbeordnung ist ein heilsames Gesetz und wir wollen an den Grundsätzen, die sie proclamirt, festhalten. Das schließt nicht aus, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserungs- und ergänzungsbedürftig ist; aber wir wollen auf demselben Grunde fortbauen, den wir gelegt und nicht auf dem unsicheren und schwankenden, den uns die Interpellation vorschlägt. Wir wollen nicht umkehren, sondern vorwärts gehen auf der gegebenen Grundlage. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Crefeld): Die Centrums-Fraction hat der wirthschaftlichen Frage von jeher ihr lebhaftestes Interesse zugewandt in dem Grade, daß sie sich das Schlagwort des Bündnisses der schwarzen mit der rothen Internationale zugezogen hat. Den Weg jedoch, durch eine bloße Interpellation in dieser großen und schwierigen Frage reformirend einzugreifen, kann sie als den richtigen nicht anerkennen. Ich theile nicht den Optimismus über unsere wirthschaftliche Lage und den Antheil der Gesetzgebung daran, der sich in den Reden der liberalen Seite noch immer kund giebt. Das plötzliche Hinwegstreichen der Zünfte und ähnlicher Institute, die Jahrhunderte hindurch segensreich gewirkt haben, hat ein Vacuum geschaffen, das sehr schwer auszufüllen ist. Daß gegenwärtig in dieser Frage etwas Ernstliches geschehen muß, scheint die Regierung endlich selber einzusehen, wie aus dem uns zugegangenen Bericht über die Enquete hervorgeht. Ich habe beim Durchlesen desselben aber sehr bedauert, daß man so wenig Gewicht auf die Mittheilungen und Zeugnißabgaben der Arbeiter gelegt und fast überall nur die Fabrikanten gefragt und gehört hat. So ist insbesondere in dem Regierungsbezirk Oppeln kein einziger Arbeiter gehört worden. Daß in Folge solcher Maßregeln der Inhalt des Berichts und die ganze Enquete in Arbeiterkreisen nicht gerade viel Vertrauen erwecken wird, liegt anf der Hand. Eine Hauptsache in dieser Frage, die leider von allen Rednern bisher zu betonen verabsäumt worden, ist das religiös sittliche Element. Auf keine andere Weise wird die sociale Frage gelöst werden, als durch Pflege und Förderung des religiösen Bewußtseins im Volke, und wie gegenwärtig von der Regierung dies Moment berücksichtigt wird, lehrt der Culturkampf.

Präsident Hofmann: Der Vorredner erklärte, daß in der Enquete zu wenig Arbeiter und fast nur Arbeitgeber vernommen worden seien. Das ist unrichtig. Es ist von Seiten des Reichskanzleramts ausdrücklich den Regierungen empfohlen worden, auch Arbeiter zu vernehmen, und ich weiß, daß dies in der größten Zahl aller Bezirke geschehen ist. Weshalb es gerade in dem Regierungs-Bezirk Oppeln nicht geschah, weiß ich nicht zu sagen. In anderen Bezirken aber ist die Vernehmung von Arbeitern lediglich deshalb unterblieben, weil sich keine Arbeiter fanden, die der Einladung zu ihrer Vernehmung Folge leisteten.

Abg. Kapell: Wenn der Abg. Richter (Hagen) davor warnte, die wirthschaftliche Frage in ihrem innersten Kern vor das Parlament zu bringen, so war mir das nichts Neues. Es entspricht dies ja ganz der Anschauung dieser Herren und dem Gefühl der ängstlichsten Besorgniß, die sie davor hegen, die sociale Frage offen von der Tribüne herab zu discutiren; daher auch der bezeichnende Ausdruck, der hier heute gebraucht wurde, man solle doch um Gotteswillen an der socialen Frage — nicht „kratzen". Die Herren von der Rechten sind vollständig im Irrthum, wenn sie meinen, die criminelle Bestrafung des Contractbruchs könne den gegenwärtigen Mißständen im Gewerbsleben auch nur im Geringsten abhelfen. Heute giebt es ein Gesetz im Lande, das viel mächtiger ist als jedes Contractbruchgesetz, das ist der Hunger. Wenn heute ein Arbeitgeber den Arbeitern erklärt, Du mußt zu diesen bestimmten Bedingungen arbeiten, dann hütet er sich wohl den Contract zu brechen, denn er weiß, daß sich sofort tausend andere hungernde Arbeiter zu der Stelle melden, mag der Lohn auch noch so schlecht sein. Als ich im Waldenburger Kreise gegen den Fürsten Pleß candidirte, da sagten die Beamten den Arbeitern: wenn Ihr Kapell wählt, so stehen die Gruben stille und Ihr könnt verhungern.)

Was wollen Sie, meine Herren, solchen Zuständen und Thatsachen gegenüber im gegenwärtigen Augenblick mit solchen Mittelchen bezwecken, wie das Contractbruchgesetz; es ist das ja völlig nichtssagend und überflüssig. Obwohl wir anerkennen, daß die Gewerbeordnung sehr viel Schädliches für die Arbeiter und zahlreiche Mißstände enthält, können wir für die Interpellation doch nicht eintreten, da sie alle Heilmittel lediglich der Regierung überläßt, einer Regierung, die durch und durch reactionär ist und die gegen die Arbeiter keine anderen Mittel kennt, als die der Polizeigewalt. Es hat sich das auch wieder bei der Enquete gezeigt, deren Bericht uns zugegangen ist. Die Berichte und Ergebnisse der Unterführungen darin sind auf der größten Parteilichkeit gegen die Arbeiter dargestellt; man hat in erster Linie nur die Fabrikanten gefragt, und höchstens solche Arbeiter, die bei ihren Herren sich lieb Kind machen wollten, wie Werkführer und dergleichen und daher den Arbeitgebern nach dem Munde reden. Man hat sich aber wohl gehütet, sich an die Arbeiterpartei zu wenden und aus ihren Reihen unparteiliche Zeugnisse über die Zustände in den Fabriken u. dergl. zu hören. Ganz und gar muß ich bestreiten, was Herr Reichensperger über die heilsame Wirkung der Religion und der kirchlichen Gesinnung im Volke zur Lösung der socialen Frage gesagt hat. Meine Herren! Im Kreise Neurode, wo ich zum Reichstage candidirt habe, sind die Leute alle sehr fromm, sehr religiös und sehr gut katholisch und kirchlich gesinnt; da sind die Kirchen, wie ich mich selbst persönlich überzeugt habe, bei jedem Gottesdienst so gefüllt, daß buchstäblich kein Apfel zur Erde fallen kann. Und wie, glauben Sie, sieht es mit der wirthschaftlichen Lage des Volkes in diesem Kreise aus? Gerade im Kreise Neurode herrscht gegenwärtig das entsetzlichste Elend. (Hört! links.)

Dort wüthet in diesem Augenblicke der Hungertyphus in einem Grade, daß nach den neuesten Nachrichten in Neurode allein 115 Menschen daran erlegen sind und die Regierung selbst Angst vor der Weiterverbreitung bekommen und einen genauen Bericht verlangt hat. Nein, meine Herren, in den frommen Gegenden da herrscht gerade derselbe Unterschied zwischen Arm und Reich und dasselbe wirthschaftliche Elend des Volkes und dieselbe Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie in den Mittelpunkten der Socialdemokratie, in den großen Städten, die bei den Frommen im Lande als irreligiös und sündhaft verschrieen sind. Wir werden diese Frage übrigens noch des Näheren erörtern, bei den positiven Anträgen, welche die Mitglieder meiner Partei im Hause stellen werden. Die liberale Partei hat sich freilich alle mögliche Mühe gegeben, uns nicht auf 15 Mann kommen zu lassen, um zu verhindern, daß wir selbstständige Anträge stellen. Wir wissen auch, daß diese Anträge hier nicht Annahme finden; wir sind aber überzeugt, daß es kein anderes Mittel zur Lösung der sozialen Frage giebt, als die Anerkennung der Grundsätze der Socialdemokratie und wenn man uns gewählt hat, so erkennen wir daraus, daß das Volk verständiger geworden ist (Heiterkeit). Schließlich, meine Herren, sollten Sie sich bei dieser meiner ersten Rede im Hause gelangweilt haben, so müssen Sie es mir schon zu Gute halten; ich versichere Ihnen, ich habe mich bei vielen anderen Reden im Hause auch schon sehr gelangweilt. (Heiterkeit.)

Abg. Lasker: Wir sind keineswegs der Meinung, daß durch die Gewerbeordnung legislatorisch Alles erreicht sei, was auf diesem Gebiete zu erreichen ist. Ich glaube, daß die Interpellation der Sache, welche sie vertreten sollte, keinen guten Dienst geleistet hat. Es ist kein praktisches Vorgehen, jetzt eine Gesammtreorganisation der Gewerbegesetzgebung anzustreben. Auch meine Partei ist augenblicklich damit beschäftigt, sich über diejenigen Punkte zu informiren, von denen wir glauben, daß schon jetzt durch die Gesetzgebung geholfen werden könne, wenngleich wir auf den einmal festgestellten Prinzipien fortbauen wollen. Wir sind auch der Meinung, daß das Verhältniß des Lehrlings zum Lehrherrn kein so loses sein darf, wie das jetzt der Fall ist. Darüber scheint bei allen Parteien Uebereinstimmung zu herrschen. Und ebenso beabsichtigen wir bei anderen Fragen nach und nach vorzugehen, die reifen Fragen zu isoliren und eine Vereinbarung in der Gesetzgebung darüber herbeizuführen. Man scheint bei den Conservativen zweifelhaft über die Methode zu sein, ob eine große Masse von Mißständen der Regierung präsentirt werden soll, oder ob man isolirte Gesetzesvorlagen über einzelne Punkte machen und darin Grundsätze aufnehmen soll, welche von der Majorität doch nicht acceptirt werden. Ein solcher conservativer Gesetzentwurf wird in Folge dessen kein greifbares Resultat erzielen, sondern nur Stoff zur Unterhaltung bieten.

Meine politischen Freunde werden sich dagegen bemühen, eine greifbare Grundlage für ein künftiges Gesetz zu schaffen. Will man dies, und die Angelegenheit nicht blos für Parteizwecke ausbeuten, so muß man zunächst die brennende Lehrlingsfrage, welche ein erziehliches und gewerbliches Interesse in sich vereinigt, in Angriff nehmen. Darauf hin werden wir eine Resolution beantragen. Diese unterscheidet sich wesentlich von der gegenwärtigen Interpellation. Die Regierung ist kaum im Stande, einen Gesetzentwurf vorzulegen, aus Furcht, die Meinung des Hauses sei noch nicht genügend geklärt, um den Gesetzentwurf zur Annahme gelangen zu lassen. Wenn aber durch eine Resolution inhaltlich die Anschauung des Hauses schon constatirt ist, so kann die Regierung darauf hin einen Gesetzentwurf einbringen. Deshalb bitte ich die Herren von der conservativen Partei, nicht früher auf die Berathung des von ihnen vorgelegten Gesetzentwurfs zu drängen, als bis sie Kenntniß von den aus unserer Mitte kommenden Anerbietungen haben werden. Wenn wir auch nicht Vieles bringen werden, so doch gewiß mancherlei, worin alle Parteien einstimmen können.

Abg. Günther: Der Abg. Richter (Hagen) hat den Zweck unserer Interpellation richtig dahin aufgefaßt, daß sie ein Stimmungsbild aus den weiten Kreisen der Gewerbtreibenden sein sollte. Sie hatte aber außerdem den Zweck, ein Stimmungsbild des Hauses und der Regierung hervorgerufen. Diese Zwecke hat sie erreicht. Wir waren natürlich darüber nicht im Zweifel, daß der Abg. Richter (Hagen) noch auf seinem früheren Standpunkte steht. Wir vertreten mit der Interpellation nicht die Prinzipien der konservativen Partei, sondern die Interessen der Gewerbtreibenden selbst, welche sie in vielen an uns gerichteten Petitionen zum Ausdruck gebracht haben. Wir sind nicht Vertreter der Idee des Polizeistaats, sondern die Vertreter dessen, was die Gewerbtreibenden selbst für sich als heilsam und nothwendig erkannt haben. Freilich, was wir mit den Gewerbtreibenden als nothwendig erkennen, das nennt der Abg. Richter ein Erzeugniß des Brodneides und Duselei der Handwerker. Ich lege im Namen der letzteren gegen solche Ausdrücke Verwahrung ein; die Handwerker werden von den politischen Grundsätzen des Abg. Richter nicht satt und die Reaction richtet sich natürlich gegen die jetzige übergroße Schrankenlosigkeit in der Gesetzgebung, wodurch man das Gewerbe halbtodt liberalisirt hat. Unsere Interpellation war nicht vergeblich und wenn die Stellung der Regierung derselben gegenüber auch eine vorsichtige ist, so ist sie doch keineswegs eine präcis abweisende, wie der Abg. Braun geglaubt und gehofft hat. Sie hat wenigstens nach Außen hin klar gezeigt, welche politischen Richtungen dem Gewerbestande wohlgeneigt sind und welche nicht. (Oho! links.) Nicht wir sind es jetzt, sondern der Abg. Braun war es, der zur Zeit der Verkündigung des Princips der freien Concurrenz den Zeiger an der Uhr der volkswirthschaftlichen Bewegung hin- und herschob bis auf die goldene Morgenstunde, welche nicht angebrochen ist. Wir wollen das Pendel nicht ganz regellos schwingen lassen. Wir wollen auch nicht einreißen, sondern aufbauen, aber nicht die Luftschlösser des Abg. Braun.

Abg. Richter (Hagen): Es ist bezeichnend, daß Conservative und Socialdemokraten uns vom entgegengesetzten Standpunkte gleich scharf angreifen. Danach scheinen wir also gerade in der richtigen Mitte zu sein. Die Rede-

weise des conservativen Herrn Günther und des socialdemokratischen Herrn Kapell zeigen große Verwandtschaft. Der erste hält sich für einen besondern Vertreter der Handwerksmeister, der andere für einen solchen der Arbeiter. Ich vertrete solche Klassen auch; Niemand im Hause hat das Recht, sich vorzugsweise als Vertreter eines Berufsstandes zu bezeichnen. (Sehr wahr! links.) Herr Günther hat Ausdrücke gebraucht, wie: man solle das Kalb nicht zu Tode hetzen; liberale Redensarten machen nicht satt. Ich empfehle Herrn Kapell solche Redensarten zur weiteren Verwendung. (Heiterkeit. Sehr gut! links. Widerspruch der Socialdemokraten.) Die Socialdemokraten haben allerdings schon einen ausreichenden Vorrath solcher Redensarten; indeß da wir dergleichen nicht gebrauchen können, verwenden sie solche vielleicht noch mit Nutzen in ihren Volksversammlungen. (Heiterkeit links.) Für Herrn von Kleist-Retzow war Herrn Kapell's Rede insofern lehrreich, als sie ihm zeigte, wohin seine Logik führen kann, allgemeine Mißstände ohne Weiteres der Gesetzgebung zur Last zu legen. Beide Herren haben in ihrer Darstellungsweise mehr gemeinsam, als sie sich bewußt sind. Herr Kapell meint, wir fürchteten uns, große wirthschaftliche oder sociale Fragen zu debattiren. Nun, ohne meinen Antrag auf Discussion über die Interpellation, wäre er gar nicht in der Lage gewesen, seine schöne Rede zu halten. Schon die Dankbarkeit hätte ihm solchen ungerechten Vorwurf ersparen müssen. (Heiterkeit.) Man fördert nur nicht die Aufgaben des Reichstages durch den Anschlag solcher allgemeinen Themata ohne nähere Begrenzung. Wenn Herr Kapell erst parlamentarisch ausgelernt hat, wie er sich ausdrückte, so wird ihm klar werden, daß zwischen Reichstag und Volksversammlung ein Unterschied ist; der Reichstag nicht den Zweck hat, Wahlreden und Flugblätter, wie er und Herr von Kleist-Retzow gethan haben, zu reproduciren. Herr Kapell meint, das Durchdringen zu einer vernünftigen Anschauungsweise habe ihnen ihre Wahlkreise erobert. Nun, Sie haben aber beinahe ebenso viel Wahlkreise wieder verloren, als sie gewonnen; nach seiner Logik muß man hier also zu noch vernünftigerer Anschauungsweise gekommen sein. (Heiterkeit.)

Herr Kapell spricht von der Macht des Capitals, vom Fürsten Pleß, in dessen Wahlkreise man Drohungen mit wirthschaftlicher Benachtheiligung ausgesprochen hat; das wird das Haus zu untersuchen haben. Sie haben nicht das Recht von dergleichen zu sprechen. Ihr Herr Reimer, Ihr Hamburger Blatt hat in Altona proclamirt: Bei einem Krämer, der für Karsten stimmt, darf Niemand mehr etwas kaufen. (Hört! hört! links.) Wer so, wie Sie im Glashause sitzt, der darf selbst gegen einen Fürsten nicht mit Steinen werfen. (Andauernde allseitige Heiterkeit.) Ich spreche natürlich nur aus Ihrer Anschauungsweise heraus. Sie meinen, wir hätten uns vor Ihrem Anwachsen auf 15 gefürchtet. Ob Sie nach Erreichung dieser Zahl selbstständige Anträge einbringen, oder Ihre Anträge als Amendement, wozu es nur einer Stimme bedarf, an andere Vorlagen, z. B. an den conservativen Gesetzentwurf über die Gewerbsverhältnisse anhängen, ist uns ganz gleichgiltig. Sie sollten überhaupt so wenig Personen wie möglich hier sein, weil wir meinen, mit Ihrer Vermehrung wächst der Klassenhaß, die Aufhetzung der Berufsklassen untereinander. In Deutschland werden die Arbeitnehmer unlustig ihre Unternehmungen fortzuführen oder neue zu begründen. Die Socialdemokraten sind mindestens so viel wie die Gründer an dem gegenwärtigen Nothstande schuld (Zustimmung); indem sie weiter agitiren, verhindern sie die weitere Befestigung des Vertrauens, tragen dadurch die größte moralische Verantwortlichkeit dafür, daß es noch immer nicht besser wird im Volke und in Deutschland. (Sehr richtig!) Vor dem Reichstage bedarf es ihnen gegenüber überhaupt keiner Erwiderung; was ich sage, spreche ich zum Lande. Wir bekämpfen Sie mit Entschiedenheit, weil wir die Meinung haben, daß Sie, die Sie vorgeben, Freunde der Arbeiter zu sein, in Wirklichkeit deren größte Feinde darstellen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Sturm bekämpft den Vorwurf, daß die Einbringung der Interpellation nutzlos gewesen sei, Sogar der Abg. Lasker, obwohl er auf wirthschaftlich ganz entgegengesetztem Boden steht, stimmt mit dem wesentlichen Inhalt derselben überein. Die Interpellation habe wenigstens Gelegenheit gegeben zur Meinungsäußerung der Regierung und der Parteien. Die Ansichten der meisten Redner aus den liberalen Parteien über den Gegenstand beruhten allerdings auf einer so oberflächlichen Kenntniß der Verhältnisse, daß die Interpellation schon dann sehr heilsam gewirkt habe, wenn sie diese Redner zu einem eingehenden Studium der Verhältnisse bis zur Vorlage der Gesetze veranlassen würde. Der Zeitraum seit dem Erlaß der Gewerbeordnung sei auch nicht zu kurz, um schon jetzt auf Grund der Erfahrung zu Besserungen zu schreiten. Beim Strafgesetzbuche sei die Frist nicht so lang gewesen und dabei wären doch immer principielle Fragen in Betracht gekommen. Redner geht sodann specieller auf die Ergebnisse der Enquetecommission über Frauenarbeit ein und kommt zu dem Schluß, daß der freiconservativen Partei für die Einbringung der Interpellation derselbe Dank gebühre, welchen der Abg. Braun der conservativen für ihren Gesetzentwurf gezollt habe.

Die Discussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Fürst v. Pleß gegen den Abg. Kapell, daß er während der Wahlcampagne gar nicht in seinem Wahlkreise anwesend gewesen sei, also keine ungehörige Wahlbeeinflussung habe ausüben können. Sei das von seinen Beamten geschehen, so stände ja dem Abg. Kapell das Recht des Protestes gegen die Wahl zu.

Abg. Kapell bestreitet, von einer persönlichen Wahlbeeinflussung des Abg. Fürsten v. Pleß gesprochen zu haben und eben so, daß in Altona officiell eine ungehörige Beeinflussung der Wahlen durch das socialdemokratische Wahlcomite stattgefunden habe.

Abg. Richter (Hagen): Es ist Thatsache, das socialdemokratische „Hamburger Volksblatt", so wie der socialdemokratische Führer und frühere Abgeordnete Reimer haben in Altona die für Karsten stimmenden Krämer mit Entziehung der Kundschaft bedroht.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Dinstag 11 Uhr. (Interpellation Komierowski; 2. Berathung des Etats.)

Berlin, 12. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreußischen Ordens-Insignien ertheilt, und zwar: des Königlich baierischen Maximilian-Ordens für Kunst und Wissenschaft: dem Romanschriftsteller Dr. phil. Berthold Auerbach zu Berlin; des Ritterkreuzes 1. Klasse des Königlich sächsischen Albrechtsordens: dem preußischen Unterthanen und Ober-Regisseur des Herzoglichen Hoftheaters in Meiningen, L. Chronegk; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens, des Ritterkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens und des Kaiserlich russischen St. Annen-Ordens dritter Klasse: dem preußischen Unterthanen und Kaiserlich russischen Titular-Rath Karl August Schmidt zu St. Petersburg; des Ritterkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens: dem Director des Lobe-Theaters zu Breslau, L'Arronge; des demselben Orden affiliirten Verdienstkreuzes: dem Ober-Inspector desselben Theaters, A. Coßmann; des Offizierkreuzes des Königlich griechischen Erlöser-Ordens: dem Chef-Redacteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", Emil Richard Pindter zu Berlin.

[Verkehr.] Aus Kiel wird vom 12. d. M. gemeldet: Post aus Christiania heute nicht eingegangen.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 155. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie.
Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168,
ohne Gewähr.
(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

71 127 40 72 212 32 (600) 89 91 301 16 27 53 77 (600) 414 16 (3000) 24 29 79 552 (300) 688 765 80 98 (300) 816 947 1027 57 78 126 49 233 53 70 78 307 (1500) 22 409 58 98 516 62 (3000) 64 66 69 (3000) 83 657 (3000) 63 701 7 (300) 59 78 84 94 816 29 46 932 60 76 91 2033 101 40 (300) 201 88 (300) 434 49 72 79 505 18 (600) 73 82 620 27 28 42 55 725 818 31 58 71 75 901 3031 35 50 62 86 92 101 47 88 202 7 24 396 538 80 717 26 73 803 (300) 4 (300) 984 4086 (600) 247 95 338 95 422 31 508 19 683 720 85 96 818 926 42 55 5011 (300) 17 108 10 32 244 51 54 (300) 96 407 50 58 78 585 610 11 17 39 67 94 702 46 57 78 871 96 937 6054 77 84 87 123 250 (600) 474 507 33 36 37 86 (300) 643 62 717 800 30 70 921 38 7123 284 (600) 88 307 431 863 928 86 (1500) 94 8010 94 (300) 175 97 (3000) 242 (15,000) 59 71 (300) 76 312 462 582 (3000) 90 99 637 (300) 42 (300) 77 721 44 958 9051 55 (300) 59 (1500) 74 174 96 330 405 19 25 83 603 61 (600) 708 (300) 9 89 808 34 (1500) 38 98 (3000).

10,071 177 218 (1500) 49 404 517 31 46 51 67 (600) 716 28 88 852 906 (1500) 91 11,082 170 86 367 80 87 456 528 668 703 47 87 845 12,031 (3000) 53 72 88 165 203 315 81 547 60 624 83 752 809 39 975 13,032 71 84 124 27 58 201 30 75 (600) 362 (600) 91 637 38 63 69 (600) 764 65 (3000) 86 858 93 912 14,055 129 (300) 43 (600) 205 6 (300) 33 (3000) 72 416 38 (600) 47 534 37 658 76 (600) 733 61 (1500) 823 900 28 82 83 89 90 15,018 22 45 110 254 327 28 49 50 59 400 4 (600) 77 87 536 (300) 48 95 603 60 726 93 915 30 16,018 32 68 157 (3000) 213 15 59 61 380 535 93 640 88 765 802 (600) 16 18 925 (600) 52 54 17,083 131 72 85 358 (3000) 74 96 453 (300) 512 667 (300) 73 846 79 928 18,024 208 27 43 46 390 444 510 69 (1500) 622 888 (1500) 19,282 353 91 419 81 (1500) 510 77 735 817 (600) 24 38 921 40 67.

20,029 118 (1500) 50 56 73 74 92 220 85 (1500) 301 14 26 (3000) 61 87 404 39 48 (600) 509 639 (600) 77 712 55 58 92 802 3 37 64 78 98 943 69 21,012 20 82 107 15 23 36 68 307 17 (600) 46 512 78 86 94 897 907 8 22,072 103 28 53 81 224 25 51 301 31 404 558 623 42 73 84 (1500) 728 862 74 76 919 54 23,093 (300) 188 92 218 (300) 21 30 60 72 383 426 (300) 526 31 87 91 608 37 71 98 761 801 75 24,024 40 (300) 44 (300) 55 59 (1500) 143 53 (300) 61 98 206 53 62 405 523 646 701 11 57 846 (3000) 79 905 7 56 70 71 81 25,114 (300) 87 235 95 305 74 415 38 93 566 99 899 921 46 57 86 26,070 109 18 60 89 200 33 (600) 40 48 67 308 407 18 (300) 37 51 (300) 81 84 93 567 654 90 700 13 23 (3000) 36 46 (600) 804 55 922 27,001 101 40 47 78 (300) 200 8 12 21 53 88 90 (3000) 334 46 74 82 408 (300) 504 653 57 77 84 762 (300) 67 829 902 (600) 63 84 28,041 78 82 (300) 88 230 50 69 71 (300) 91 301 63 552 (600) 756 (3000) 82 87 818 83 902 95 29,005 95 107 83 257 96 347 62 (300) 423 78 (300) 84 548 83 88 604 13 47 82 93 753 86 90 (300) 845 59 938 76 92 95.

30,001 18 68 100 203 (600) 430 55 56 65 501 28 40 630 86 91 (300) 701 32 (600) 33 34 53 847 (600) 48 68 (300) 904 16 46 71 (1500) 31,020 233 318 51 63 457 555 95 691 981 32,037 42 69 89 257 394 472 748 (600) 90 825 79 903 (300) 33,391 484 531 609 706 34 43 88 947 96 34,065 136 42 53 591 677 87 (1500) 735 86 98 (3000) 824 45 918 76 89 (300) 35,001 164 224 336 63 405 37 (600) 64 79 (600) 634 (300) 82 (600) 758 823 (600) 60 62 36,088 93 (600) 159 96 (1500) 373 435 65 (300) 74 514 76 629 818 21 65 66 84 87 923 68 73 (3000) 37,041 150 81 (600) 290 300 9 740 41 71 801 (3000) 50 54 76 989 38,091 101 21 31 68 77 247 56 64 321 467 86 633 734 (600) 57 66 91 872 86 907 53 59 39,071 121 53 273 341 54 (600) 84 468 515 45 768 76 82 98 910 63 78 (600).

40,053 116 38 215 (3000) 445 50 59 93 501 (300) 33 (300) 95 609 730 36 (3000) 50 80 815 55 41,068 119 26 67 255 89 331 42 60 (300) 403 37 86 602 766 83 92 954 95 42,075 76 138 267 309 58 514 41 665 753 68 77 (300) 815 (1500) 21 71 907 (300) 43 43,001 54 102 18 62 63 285 327 73 76 404 8 41 (300) 42 652 (3000) 706 24 33 49 (15,000) 70 802 5 16 34 46 63 87 965 99 44,003 (600) 564 619 87 736 52 86 (300) 45,010 63 80 82 145 72 213 397 440 74 590 622 713 23 49 80 95 804 25 980 46,041 136 (1500) 69 287 (600) 316 71 82 (300) 554 84 (600) 607 712 33 84 821 31 73 985 47,142 316 (300) 22 34 (300) 77 495 721 36 75 813 26 48 49 76 901 (600) 58 48,039 67 68 (600) 84 95 163 224 (300) 46 86 521 37 83 642 72 843 916 (600) 49,087 88 141 83 271 347 (300) 448 (1500) 589 652 718 884.

50,102 (600) 4 8 241 64 322 424 28 624 33 856 972 51,193 283 326 (600) 45 63 66 (600) 67 414 (600) 30 535 63 (600) 87 (600) 670 92 769 973 99 52,004 38 55 198 213 55 79 323 26 422 33 51 80 97 520 688 716 23 73 99 847 902 25 (300) 47 48 77 53,074 177 211 322 25 46 63 402 45 567 657 63 (600) 715 79 (3000) 88 92 970 76 54,060 (300) 176 223 43 88 352 68 91 409 20 602 7 719 32 53 75 817 935 57 71 78 (300) 89 (1500) 55,096 113 203 (300) 62 94 341 42 (600) 93 436 97 576 606 (300) 82 84 91 731 54 816 (1500) 55 (300) 95 944 56,019 (300) 24 89 129 61 357 459 (300) 71 522 29 74 670 71 738 868 952 57,015 18 49 169 85 244 377 407 50 65 543 (3000) 676 (3000) 752 (300) 54 56 872 908 19 (300) 25 95 58,010 39 166 (600) 79 225 51 52 89 330 412 38 40 511 18 21 23 33 617 46 55 709 47 71 94 (600) 830 39 99 922 (1500) 59,015 25 (300) 51 59 93 111 29 56 68 88 236 45 389 414 51 525 58 659 68 88 90 730 (300) 54 76 802 48 953 84.

60,269 98 305 42 95 402 22 37 38 42 538 (1500) 48 49 (300) 80 609 55 57 58 85 780 846 50 78 900 (600) 25 59 61,037 93 163 219 60 81 (3000) 352 526 45 72 83 (300) 627 28 (600) 47 65 (3000) 70 724 830 (300) 47 88 902 10 (300) 30 48 68 (300) 81 62,043 224 58 88 405 (3000) 57 83 (3000) 516 66 833 917 58 99 63,022 (600) 168 208 19 26 91 308 42 403 66 559 82 91 668 765 69 (300) 98 852 (300) 943 64,182 228 84 (600) 305 (600) 15 23 81 (300) 456 523 36 76 630 46 (300) 74 786 96 (3000) 827 56 920 (300) 54 61 65,034 46 49 51 (600) 98 (300) 114 19 23 55 78 84 205 66 320 38 (1500) 47 65 85 437 39 63 73 77 96 522 (300) 27 28 79 663 700 17 (300) 45 (300) 58 92 858 951 76 66,005 122 34 249 (300) 339 (600) 98 453 664 (300) 68 711 69 (300) 815 937 (1500) 55 95 67,098 110 42 69 98 (300) 336 86 403 32 (600) 46 (3000) 48 49 50 618 79 97 700 75 800 904 89 68,035 105 71 79 84 242 (300) 306 10 421 51 61 616 (300) 740 96 (300) 810 956 69,066 68 145 209 (300) 37 94 330 433 85 591 613 16 783 92 99 819 32 75 (3000) 86 92 973 76 93.

70,054 107 22 34 41 75 208 51 77 309 17 74 464 (300) 86 99 (1500) 552 67 602 6 22 48 49 58 725 32 99 816 73 78 82 920 67 71,029 56 219 313 (600) 77 502 3 47 59 65 72 84 (300) 716 (1500) 76 815 (300) 25 33 69 96 914 47 60 72,017 20 25 49 65 114 27 92 252 (600) 477 85 505 20 99 743 (1500) 44 (300) 833 45 68 69 99 923 68 (600) 73,015 46 92 (3000) 95 (600) 107 (300) 24 42 50 253 96 (300) 306 16 20 36 93 434 88 505 38 39 66 631 78 717 36 44 69 85 (600) 818 52 83 88 (300) 935 (3000) 72 74,044 75 134 56 (600) 70 77 224 40 337 80 414 34 79 96 555 626 (300) 35 39 58 83 89 739 80 82 89 98 832 (1500) 87 (300) 958 96 75,000 57 153 73 231 328 56 419 (600) 505 74 624 713 68 835 962 76,077 82 139 79 (300) 94 209 22 54 72 86 334 416 95 512 59 76 642 69 781 (6000) 826 98 911 41 77,078 108 66 96 (300) 239 73 (1500) 91 404 10 524 51 (300) 64 66 (1500) 603 802 14 32 46 47 73 927 33 78,015 26 (3000) 38 52 78 131 (1500) 33 42 43 63 226 (300) 27 32 45 50 441 73 578 92 (300) 622 54 747 59 74 78 96 804 (300) 11 36 81 933 48 79,001 5 14 (600) 124 53 (600) 244 315 431 45 (1500) 99 507 (300) 62 64 86 647 741 (600) 46 67 811 34 68 85 (300).

80,038 48 105 29 66 89 232 59 76 92 304 33 51 80 435 43 54 95 531 58 81 615 50 800 16 33 53 912 48 53 56 69 (1500) 81,004 20 106 52 53 57 68 88 248 383 86 671 79 87 739 67 97 840 61 987 82,037 67 71 169 73 93 236 37 310 60 63 86 427 43 44 91 (3000) 528 41 49 600 74 741 (600) 45 83,000 8 (300) 80 114 20 39 59 (3000) 211 14 19 60 317 51 80 404 30 62 (600) 79 80 (300) 594 608 (1500) 720 30 (300) 87 (300) 806 28 30 36 79 930 85 (600) 84,022 25 111 28 52 227 41 93 309 63 406 19 85 595 612 16 73 734 56 (300) 95 (300) 972 91 92 85,017 44 50 61 258 61 80 324 (3000) 52 95 (300) 410 33 37 89 531 92 601 17 23 38 65 94 728 52 (600) 60 75 90 892 956 63 91 (300) 86,066 68 74 76 144 81 82 (300) 91 (3000) 209 (600) 319 32 439 78 92 509 11 38 53 682 707 (300) 34 91 95 884 903 38 87 87,122 25 (300) 75 217 68 73 86 302 21 87 479 88 (600) 504 12 56 (600) 91 618 52 55 722 76 816 22 48 75 85 93 88,076 113 (1500) 28 50 82 (300) 95 (300) 99 204 (600) 8 338 70 540 (1500) 760 77 (300) 887 94 909 (300) 50 52 63 65 89,009 (300) 16 (300) 61 131 69 76 208 44 317 55 (600) 73 629 750 90 802 11 (300) 68 937 55 92 (3000).

90,007 88 (300) 159 243 57 72 (300) 81 (300) 382 414 29 45 593 (300) 650 88 811 35 39 911 63 75 91,034 78 82 128 211 23 24 80 94 310 (300) 69 91 472 543 58 671 849 94 922 70 92,025 (300) 32 116 34 286 (300) 351 441 (3000) 567 76 647 52 848 53 94 911 28 59 93,014 (1500) 23 26 28 43 51 55 104 (300) 50 (600) 52 75 80 340 (1500) 61 468 603 (600) 6 47 (300) 70 84 725 (300) 942 43 (3000) 98 (300) 99 94,019 46 113 84 265 75 355 407 9 68 545 63 64 83 805 (300) 35 901 2 7 14 32 33 52 75.

Provinzial-Zeitung.

♉ **Breslau**, 12. März. [Schwurgericht: Schwerer Diebstahl und Hehlerei. — Bigamie.] Die erste der heute verhandelten Anklagesachen nahm 6 Stunden in Anspruch; trotzdem ist der vorliegende Thatbestand ziemlich einfach und nur der Umstand, daß 10 Angeklagte — 2 Männer und 8 Frauen — in die Sache verwickelt sind, bedingte die längere Dauer. Es werden von den Angeklagten verurtheilt: Robert Lehmann zu 3 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, Carl Reipert zu 4 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, verehelichte Reipert zu 3 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust, die Schlaupe und Lehmann zu je 2 Monaten, verehelichte Gallmer 1 Monat und die Starke und Kessel zu je einer Woche Gefängniß.

Die zweite Anklagesache, den 31 Jahr alten Maurergesellen Karl Speer betreffend, enthält eine Verletzung des § 171 des Strafgesetzes. Der bisher unbestrafte Speer ist geständig, mit zwei noch am Leben befindlichen Frauen ehelich verbunden zu sein. Seine erste Ehe wurde am 15. Mai 1870 zu Herzogswaldau durch den Pfarrer eingesegnet. Er lebte nur ¼ Jahr mit seiner Frau, Caroline geb. Puzker, zusammen, alsdann verließ ihn die Frau Bei seinen späteren Versuchen, die Frau durch den Geistlichen oder das Landrathsamt zur Rückkehr zu bewegen, sagte ihm dieselbe wiederholt „sie komme nicht zurück, er sei frei, sie sei von ihm geschieden etc." Speer ging später nach Breslau, lernte hier die Köchin Auguste R. kennen und wurde mit dieser auf dem hiesigen Standesamt unterm 9. November 1874 ehelich verbunden. Von seiner früheren Verheirathung hatte Speer sowohl hier, als auch seiner zweiten Frau gegenüber nie etwas erwähnt. Auch die zweite Ehe ist bis jetzt kinderlos geblieben. Der Angeklagte macht den Eindruck, als wäre er sich gar nicht klar gewesen, daß durch das bloße Gerede seiner ersten Frau die erste Ehe doch unmöglich gesetzlich geschieden war, der Herr Staats-Anwalt tritt deshalb dem Antrage der Vertheidigung auf Bewilligung mildernder Umstände bei. Der Gerichtshof bewilligt die mildernden Umstände und erkennt auf das niedrigste Strafmaß: 6 Monat Gefängniß. Der Herr Staatsanwalt hatte 9 Monate Gefängniß beantragt.

Der Gerichtsdiener hatte inzwischen beide Frauen des Angeklagten, welche als Zeuginnen vorgeladen waren, in den Saal treten lassen. Speer bittet um die Erlaubniß, „mit seiner Frau vor der Abführung sprechen zu dürfen". „Ja, mit welcher denn?" fragt der Herr Staatsanwalt, doch schon eilt die zweite Frau zu dem Angeklagten und „in den Armen liegen sich Beide und weinen vor Schmerz und vor Freude". Das wiederholte Versprechen, „daß er nur sie (also die zweite) zur Frau behalte", wird wohl von dem Verurtheilten nicht ausgeführt werden können, denn bekanntlich wird die zweite Ehe von Amts wegen für ungiltig erklärt. Die erste Frau dagegen würdigte ihn keines Blickes und versicherte wiederholt: „Sie nehme den Mann auf keinen Fall zurück." — Also hat Speer „Zwei Frauen und Keine".

* [Aus Hermsdorf] schreibt man uns unterm 12. März: Schlittenbahn nach und von der Petersbaude sehr gut, dieselbe wurde gestern (Sonntag) stark frequentirt. Wetter still. Kälte heute früh 10 Grad. Besorgung von Schlitten und sicheren Pferden für diese Partie in Tietze's Hotel in Hermsdorf u. K.

X. **Neumarkt**, 22. März. [Tageschronik.] Gestern fand das von Herrn Cantor Metzner arrangirte Concert zum Besten der Pestalozzistiftung im Baum'schen Saale statt. Dasselbe bestand aus Männerchören, Gesangs-Quartetten, Vorträgen für Violine, Cello und Flügel, Solo-Gesängen und einem Violin-Solo, von Kaufmann Herrn Gustav Keil sehr schön vorgetragen. Der Besuch des Concerts war gut.

♂ **Vom Trockenberge**, 12. März. [Unglück.] In Koslowagora fiel am 7. d. Mts. eine Frau in einen Brunnen und zog man dieselbe nach ungefähr 5 Minuten als Leiche heraus. Die Verunglückte litt an Epilepsie.

Berlin, 12. März. Der gestrige Privatverkehr war ziemlich fest, aber sehr still. Creditactien 244,50—245—244,50, Franzosen 374,50—375 bis 374,50, Lombarden 133,50—133, 1860er Loose 98, Silberrente 55,25, Papierrente 51,40, Goldrente 60,80, Italiener 72,60, 5pCt. Türken —, Bergisch-Märkische Bahn 75,90, Köln-Mindener Bahn —, Rheinische Bahn 105,50—105,25, Galizier —, Laurahütte 65—64,90, Deutsche Bank 86,70, Disconto-Commandit 104,50—104,60, 5%ige Russen 83,40. — Nachbörse: Creditactien 245,00, Lombarden 133,50.

Für das heutige Geschäft lagen eben so wenig anregende Motive vor und so bleibt uns denn nur zu constatiren, daß die Börse im Allgemeinen der Festigkeit sich zuneigte. Hierzu mag der Umstand beigetragen haben, daß allem Anschein nach in den beiden zum gegenseitigen Kriege gerüsteten Lagern, in der Türkei sowohl wie in Rußland, friedliche Intentionen die Oberhand gewinnen. Der Verkehr zog aus derartigen Reflexionen allerdings keinen sonderlichen Vortheil, denn die Umsätze zeigten wiederum eine Beschränkung, die einigermaßen wesentliche Coursveränderungen nur als vereinzelte Ausnahme zulassen kann. Die Zurückhaltung von geschäftlichen Transactionen machte sich im speculativen Verkehr fast eben so bemerkbar, wie auf dem Markt für Capitalsanlage, und war selbst das Interesse, das man am Schluß voriger Woche den Eisenbahnactien zuwandte, heute wieder größtentheils erloschen. Die internationalen Speculationspapiere hatten in fester Haltung eröffnet und behaupteten sich auch unter geringfügigen Schwankungen recht gut. Lombarden zogen etwas an, auch österr. Staatsbahn war überwiegend begehrt. Die Oesterr. Nebenbahnen blieben fast durchweg ganz geschäftslos. In den localen Speculationseffecten fand nur ein geringfügiger Verkehr statt und blieben die Notirungen von Sonnabend fast ganz unverändert. Disconto-Commandit 104.50, ult. 104,75—104,90. Laurahütte 65,10, ult. 65—64,90. Ein Gleiches ist von den ausl. Staatsanl. zu berichten. Die Haltung auf diesem Gebiete war entschieden fest. Russische 5proc. Anleihe p. ult. 83,50—83,10. Preußische und andere deutsche Staatspapiere behaupteten sich auf ihren letzten Notirungen. Einheimische Prioritäten zeigten eine etwas bessere Physiognomie, Bergische 4½% und Köln-Mindener VI. bevorzugt, ausländische Devisen vernachlässigt. Die rheinisch-westphälischen Speculationsbahnen hatten fest eröffnet, ließen dann aber etwas nach. Potsd. besser. Magdeburg-Halberst. waren ebenfalls höher zur Notiz. Thüring. Eisenb. behaupteten sich gut. Rhein. B. wurden in größeren Beträgen umgesetzt. Anhalter und Stettiner gaben etwas nach. Für leichte Actien herrschte etwas mehr Frage. Berlin-Dresdener beliebt Brest-Grajewo, Nahebahn, Tamis-Landen und Weimar-Geraer lebhaft. Von Stamm-Prioritäts-Actien war Ostpreußische Südbahn steigend, Halle-Gubener offerirt. Bankactien im Allgemeinen recht fest. Centralb. für Industrie steigend bei regem Verkehr, Berliner Handelsgesellschaft ging lebhaft zu besserer Notiz um. Königsberger Vereinsbank und Ritterschaftliche Privatbank erhöhten die Notiz. Deutsche Bank zog wiederum bei lebhaftem Verkehr im Course an. Spritbank Wrede besser, Geraer Bank höher, Meininger anziehend, Meininger Hypothekenbank, desgl. Schles. Bankdevisen, Thüring. Bank niedriger. Industriepapiere meist geschäftslos. Centralfactorei höher. Norddeutscher Eisenbahnbetrieb gefragt, auch Oberschlesischer Eisenbahnbedarf beliebt. Westfälische Drahtindustrie weichend. Phönix B. niedriger.

Um 2½ Uhr: Still. Credit 244,50, Lombarden 135, Franzosen 375,50, Reichsbank 158,50, Disconto-Commandit 104,25, Laurahütte 64,90, Türken 12,25, Italiener 72,62, Oesterreichische Goldrente 60,87, do. Silberrente 55,40, do. Papierrente 51,50, 5% Russen 83,25, Köln-Mindener 94,90, Rheinische 105,25, Bergische 76, Rumänen 12,75.

Berlin, 12. März. [Producten-Bericht.] Der Wind ist nach Westen gegangen, aber die Luft ist nicht viel wärmer geworden; Nachts fror es noch ziemlich stark. Die Stimmung für Getreide war im Allgemeinen ruhiger als Sonnabend und die anfänglich festen Forderungen für Roggen haben nach und nach etwas ermäßigt werden müssen, um die Zurückhaltung des Begehrs für Termine zu überwinden. Der Verkauf verfügbarer Waare ging hingegen recht gut und ermöglichte den Eignern, etwas höhere Forderungen zu erzielen. — Roggenmehl matter. — Weizen ist vermehrten Realisirungen gegenüber nicht im Stande gewesen, sich voll zu behaupten. — Hafer ist loco schwer verkäuflich gewesen und hat im Werthe etwas nachgegeben. Termine, fest eröffnend, schließen sehr matt. — Rüböl nicht viel verändert. Entfernte Sichten knapp angeboten und etwas höher. — Petroleum recht still. — Spiritus in beschränktem Verkehr, aber gut preishaltend.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weißer feiner polnischer 213 Mark ab Bahn bez., per April-Mai 221 bis 220 M. bez., per Mai-Juni 222½—221½ M. bez., per Juni-Juli 224½ bis 223½ M. bez., per Juli-August — M. Br., per Sept.-Oct. — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 158—184 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 162—163 M. ab Boden bez., neuer russischer 158—164 M. bez., poln. — M. bez., inländ. 171 bis 184 Mark bezahlt, defecter inländ. — M. ab Bahn bez., kleiner russischer — M. ab Bahn bez., per Februar-März 162 M. bez., per Frühjahr 163½ bis 162—162½ M. bez., per Mai-Juni 160½—159½ M. bez., per Juni-Juli 159½—158 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 110—183 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125 bis 165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpr. 140—153 M. bez., russischer 125—149 Mark bez., pommerscher 160—162 M. bez., schles. 153—162 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 153—162 M. bez., ungarischer 140—142 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 152—151 Mark bez., per Mai-Juni 152½ Mark bez., per Juni-Juli 154 Mark bez., per Juli-Aug. — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen: Kochwaare — Mark, Futterwaare — Mark. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 29,00—27,00 M., Nr. 0 und 1: 27,00—26,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 26,00—24,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 23,50—22,50 Mk. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack pr. Febr.-März 22,95—80 M. bez., pr. März-April 22,95—80 Mark bez., per April-Mai 22,95—80 M. bez., per Mai-Juni 22,95—80 M. bez., per Juni-Juli 22,95—80 M. bez., per Juli-August 22,95—80 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps 330—360 M. bez. — Rübsen 325—355 Mark bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 65,5 M. bez., mit Faß — Mark bezahlt,

per Febr.-März 66 M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 65,2—6—3 M. bez., per Mai-Juni 65,5—66—65,7 M. bezahlt, per Juni-Juli — Mark bez., per September-October 65,8—66,4—65,1 M. bez., per October-November — M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark.

Berliner Börse vom 12. März 1877.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe.	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,60 bz
Staats-Anleihe	4	95,50 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,30 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	145,25 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,40 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	102 bzB
Pommersche	3½	82,90 bz
do.	4	94,20 bz
do.	4½	101,90 bzB
do. Ldsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,10 bz
Schlesische	3½	— —
Landschaftl.Central	4	95,40 bzG
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,40 bz
Pommersche	4	95,50 bz
Posensche	4	95,20 bz
Preussische	4	95,25 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 bz
Sächsische	4	95,50 bz
Schlesische	4	95,50 B
Badische Präm.-Anl.	4	121,40 bz
Baierische 4% Anleihe	4	121,25 bzG
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109,75 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	72 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 251,10 G
Badische 35 Fl.-Loose 139,75 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 85 G
Oldenburger Loose 138 B

Ducaten 9,66 etbzB		Fremd. Bkn. — —	
Sover. 20,38 G		einl.i.Leip. — —	
Napoleons 16,25 etbz		Oest. Bkn. 164,65 bz	
Imperials — — G		do. Silbergd. — —	
Dollars 4,19 G		Russ. Bkn. 252,20 bz	

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'sche Partial-Obl.	5	104,50 bz
Unkb. Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	101 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,75 bzG
Unkünd. do. (1872)	5	102 bzG
do. rückzb. à 110	5	107,50 bz
do. do. do.	4½	99 bzG
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	106 bzG
do. do. II. Em.	5	101,80 bz
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	109,75 G
do. do. II. Em.	5	107,90 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102 bzG
do. 4½ do. do. m.110	4½	96,60 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103,25 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	34,20 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	31,50 G
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,90 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,10 G
do. do.	4½	94,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	— —
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	32,20 G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1/1.-1/7.)	4⅕	55,50 bz
do. (1/4.-1/10.)		55,40 etbzG
do. Goldrente	4	61,10 etbzB
do. Papierrente	4⅕	— —
do. 54er Präm.-Anl.	4	93,25 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	97,90 bz
do. Credit-Loose	—	301,75 bz
do. 64er Loose	—	253 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	149,75 bz
do. do. 1866	5	150 B
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	79,50 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	71,20 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	62,50 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,40 bzG
do. do. 1885	6	102 bz
do. 5% Anleihe	5	103,50 B
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	— —
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,90 B
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	68 bz
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe	5	— —
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl	5	68 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose		— —
Finnische 10 Thlr.-Loose		38,25 bz
Türken-Loose		25,40 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	84,75 bz
do. do. VI.	4½	98,90 bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	103,25 bzG
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	— —
do. Lit C.	4½	82,80 B
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	96,50 G
do. do. E.	4½	96,50 G
do. do. F.	4½	96 B
do. do. G.	4½	95,50 G
do. do. H.	4½	92,50 B
do. do. J.	4½	92,20 bzG
do. do. K.	4½	92,20 bzG
do. von 1876	5	100,25 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	91,75 bzG
do. .. Lit. B.	4½	100,50 G
do. .... IV.	4	93,75 B
do. .... V.	4	91,40 B
Halle-Sorau-Guben	5	—
Hannover-Altenbeken	4½	93,25 G
Märkisch-Posener	5	102 bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 G
do. do. II. Ser.	4	95 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97 G
do. do. III. Ser.	4	95,50 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,25 G
do. F.	4½	101,75 bzG
do. G.	4½	98,75 G
do. H.	4½	101,60 bzB
do. .. von 1869.	5	102,80 bzG
do. von 1873.	4	99,50 bz
do. von 1874.	4½	99,60 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	94 G
do. do.	5	103,30 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101,30 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	102,25 G
Dux-Bodenbach	5	56,30 bzG
do. II. Emission	5	34,60 bzB
Prag-Dux	fr.	21 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	83,30 bzG
do. do. neue	5	80,80 bz
Kaschau-Oderberg	5	54,20 bz
Ung. Nordostbahn	5	52,20 G
Ung. Ostbahn.	5	50 bzB
Lemberg-Czernowitz	5	63,40 bzB
do. do. II.	5	62,90 B
do. do. III.	5	54,75 bzG
Mährische Grenzbahn	5	51,40 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	14,75 bzB
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	61,30 G
Oesterr.-Französische	3	315,25 bzB
do. do. II.	3	297,50 bz
do. südl. Staatsbahn	3	237,10 bzG
do. neue	3	237,80 bzG
do. Obligationen	5	76,80 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	60 bz
Warschau-Wien II.	5	95 G
do. III.	5	89,75 bz
do. IV.	5	83 G
do. V.	5	79,75 B

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,75 bz
do. do.	2 M.	3	169,10 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,385 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,40 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	248,60 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	251,45 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	164,20 bz
do. do.	2 M.	4½	163,10 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht.	1	—	4	21,25 bzG
Berg.-Märkische	4	—	4	76,00 bzB
Berlin-Anhalt	8	—	4	99,00 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	21,25 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	18,00 bz
Berlin-Hamburg	10	—	4	168,40 B
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	77,25 bzB
Berlin-Stettin	6⅘	8 9/10	4	117,00 bzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	69,90 bz
Breslau-Freib.	5⅔	—	4	68,00 bzG
Cöln-Minden	4 6/10	—	4	94,90 bz
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	4,90 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	86,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	15,20 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	14,40 bz
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	34,90 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	44,10 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	178,75 bzG
Märk.-Posener	0	0	4	19,60 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	102,40 etbzB
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	90,20 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,60 B
Oberschl. A.C.D.E.	10⅘	—	3½	122,25 bz
do. B.	10⅘	—	3½	117,25 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	376-77,50-76
Oest. Nordwestb.	5	5	5	184,00 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	134,50-35
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	24,60 bzB
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	98,75 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	44,25 bz
Rheinische	8	—	4	105,10 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	92,75 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	16,60 bzG
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	12,75 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	21,75 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,00 bz
Thüringer Lit A.	8½	—	4	120,80 bzG
Warschau-Wien.	7½	—	4	189,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	5	—	5	42,00 bzB
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	18,50 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	37,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	35,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	— —
Märkisch-Posener	3½	3¾	5	71,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	68,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	94,50 bz
Ostpr. Südbahn	5	—	5	76,90 bzG
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	106,75 etbzG
Rumänier.	8	—	8	55,75 bz
Saal-Bahn	1½	—	5	— —
Weimar-Gera.	2½	—	5	20,20 bzG

Bank-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Allg.Deut.Hand.-G.	0	0	4	26,50 bz
Anglo Deutsche Bk.	3	0	4	37,50 G
Berl. Kassen-Ver.	17,7	10 7/12	4	154,50 G
Berl. Handels-Ges.	5	0	4	58,25 G
do Prod.-u.Hdls.-B.	8½	6½	4	79,25 G
Braunschw. Bank.	6⅔	5	4	94,90 bzG
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	79,25 bzG
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	5⅔	4	76,25 G
Coburg. Cred.-Bnk.	2⅔	4½	4	70,10 G
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	117,25 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	96,00 bzB
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¼	4	96,60 G
Deutsche Bank	3	—	4	87,10 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	158,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	8	4	92,90 bz
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	104,50 bzB
do. ult.	7	—	4	104,75-4,50 bz
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	92,75 G
do. junge	5½	5½	4	97,75 B
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	3,50 G
Goth. Grundcredb.	8	—	4	102,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	26/3	10	4	118,50 G
Hannov. Bank	6 7/15	5 14/15	4	102,20 bz
Königsb.Ver.-Bank	5¼	5⅓	4	84,10 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	65 bz
Leipz. Cred.-Anst.	7	6	4	139,50 B
Luxemburg. Bank	6½	—	4	88,00 bzG
Magdeburger do.	6½	6	4	107,50 G
Meininger do.	3	2	4	74,50 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	14,00 G
Nordd. Bank	6⅔	8	4	130,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	9	8	4	96,50 bzB
Oberlausitzer Bk.	2	1⅔	4	51,00 G
Oest. Cred.-Actien	5	1¼	4	245-45
Posner Prov.-Bank	2½	6½	4	103,50 bzG
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	99,00 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	117,25 bzG
Sächs. Bank	10	8	4	112,10 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	98,60 bzG
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86,10 bzG
Schl. Vereinsbank	5	—	4	94,75 bzG
Thüringer Bank.	5	—	4	66,50 bzG
Weimar. Bank.	0	—	4	38,75 G
Wiener Unionsb.	2⅔	—	4	82,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	60,25 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl.Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	87,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	32 B
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,60 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	89,40 bzG
Hannov. Disc.-Bk.	3½	—	fr.	98,50 G
Hessische Bank	—	—	fr.	54 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,25 bz

Industrie-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	11,00 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	8,40 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	0	0	4	67,10 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	14,00 G
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,50 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	2,10 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	12⅘	4	110,60 etbzB
Schles. Feuervers.	20	—	4	725 B
Donnersmarkhütte	3	—	4	20,00 bzG
Dortm. Union	0	—	4	4,90 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	65,10 bz
Lauchhammer	0	—	4	23,00 G
Marienhütte	8	—	4	68,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	7,25 G
Redenhütte	0	—	4	[illegible]
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7 bzB
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,00 bzB
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	82,00 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	39,50 G
Vorwärtshütte	0	—	4	9,00 bzG
Baltischer Lloyd	0	—	4	42,00 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	45,90 B
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	43,25 B
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,15 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	39,50 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	15,30 G
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	25,50 bzG
Schl. Leineind.	6	5⅓	4	64,25 etG
do. Porzellan	0	—	4	10,00 G
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	70,00 B

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 12. März. Der „Presse" zufolge löste die Unionbank die Dividendencoupons mit 3 Gulden ein.

Wien, 13. März. Betreffs der Sanirung der Bodenbach-Bahn liegen neuerlich mehrere Projecte vor. In erster Reihe verhandelt die Regierung über das neue Project der Anglobank, wonach diese die Cramer-Klett'sche Schuld bezahlt, dafür Prioritäten übernimmt.

Rom, 12. März. In dem heute abgehaltenen Consistorium wurden zu Cardinälen ernannt: Benavides, Patriarch von Westindien; Apuzzo, Erzbischof von Capua; Gib, Erzbischof von Saragossa; Howard, Erzbischof von Neu-Cesarea; Paya, Erzbischof von Santiago; Caverot, Erzbischof von Lyon; Canossa, Bischof von Verona; Serafini, Bischof von Viterbo: Sbarelli, Secretär der Congregation der Bischöfe; Nina, Assessor der Inquisitions-Congregation; de Falloux du Coudray, Geschäftsführer der apostolischen Kanzlei. Die Cardinäle Amat, Morichini und di Pietro wurden auf zum Sprengel Roms gehörige Sitze versetzt. Ferner wurden noch vier Bischöfe ernannt für Italien, drei in partibus infidelium, einer für die Schweiz und einer für Malta.

Paris, 12. März. Ignatieff dinirt heute bei dem deutschen Botschafter, morgen bei Mac Mahon.

Versailles, 12. März. Die Deputirtenkammer setzte für den Freitag die Berathung des Antrages auf Ermächtigung der gerichtlichen Verfolgung Cassagnacs fest.

London, 12. März. Unterhaus. Bourke erklärte Ohlery, die Regierung beabsichtige durchaus nicht bei der russischen Regierung wegen Einführung von Reformen in die die polnischen Unterthanen betreffende Verwaltung irgendwie vorstellig zu werden. Northcote erwiderte Hope, er hoffe Osterferien für das Unterhaus vom 27. März bis 5. April.

Konstantinopel, 11. März. Die montenegrinischen Delegirten conferirten gestern abermals mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, doch hat auch diese Conferenz keine Aenderung der bisherigen Situation herbeigeführt, da die montenegrinischen Delegirten ihre gesammten, der Pforte schriftlich überreichten Forderungen aufrecht erhalten, während die Pforte fortdauernd erklärt, dieselben nicht acceptiren zu können. General Mukhtar Pascha wohnte der Conferenz ebenfalls bei. — Die nächste Conferenz ist auf Montag anberaumt. — Heute hat ein Ministerrath stattgefunden. — Wie es heißt, soll die Ernennung Khalil Paschas zum Botschafter in Paris demnächst veröffentlicht werden.

Kairo, 12. März. Die erforderlichen Summen zur Bezahlung des Aprilcoupons der Anleihe von 1864 wurden zur Staatsschuldenkasse eingezahlt.

Plymouth, 12. März. Der Hamburger Postdampfer „Allemannia" ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 12. März, Abends. Boulevardrenten 73,60 und 107,05, Türken de 1865 —, Peruaner —, Egyptier —, Italiener —. Ruhig.

Frankfurt a. M., 12. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 60. Pariser Wechsel 81, 45. Wiener Wechsel 164, 15. Böhmische Westbahn 139¾. Elisabethbahn 108¼. Galizier 173¾. Franzosen*) 188. Lombarden*) 67. Nordwestbahn 93¾. Silberrente 55⅝. Papierrente 51⅜. Russische Bodencredit 79⅝. Russen 1872 84½. Amerikaner 1885 102. 1860er Loose 98⅜. 1864er Loose 250, 80. Creditactien*) 122⅞. Oesterreichische Nationalbank 678, 00. Darmst. Bank 96. Berliner Bankverein 92½. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank 96. Meininger Bank 74. Hessische Ludwigsbahn 90½. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 136, 50. do. Schatzanweisungen alte 83¾. do. Schatzanweisungen neue 80⅜. do. Ostbahn-Obligationen II. 56⅜. Central-Pacific 98⅞. Reichsbank 159. Silbercoupons —. Goldrente 61 1/16. Rudolfsbahnactien —. Fest, geringes Geschäft.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 123, Franzosen 188, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden 67¼, Goldrente —, Nationalbank —, Reichsbank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 12. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 117⅛, Silberrente 55½, Goldrente 60¾, Credit-Actien 122, 1860er Loose 98¼, Franzosen 468½, Lombarden 166, Italien. Rente 73, Vereinsb. 118¾, Laurahütte —, Commerzbank 99½, Norddeutsche 129⅞, Anglo-deutsche 37. Internationale Bank —. Amerikaner de 1885 97½. Köln-Minden. St.-A. 94¾, Rhein-Eisenb. do. 105⅛, Berg.-Märk. do. 76, Disconto 2¼ pCt. — Geschäftslos.

Liverpool, 12. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Sehr ruhig. Tagesimport 8000 B. amerikanische.

Liverpool, 12. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Preise unregelmäßig. Amerikaner und god fair Surats 1/16 billiger.

Newyork, 12. März, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 4⅝. Wechsel auf London 4, 84½. 6/20 Bonds de 1885 107¾. dito 5% fundirte Anleihe 109⅞. 6/20 Bonds de 1887 111¾. Erie-Bahn 7½. Baumwolle in Newyork 12, dito in New-Orleans 11⅝. Raff. Petroleum in Newyork 16. Raff. Petroleum in Philadelphia 16. Mehl 6, 00. Mais (old mixed) 56. Rother Frühjahrsweizen 1, 50. Caffee Rio 19½. Havanna-Zucker 8⅞. Getreidefracht 4¾. Schmalz (Marke Wilcox) 9⅞. Speck (short clear) 8.

Paris, 12. März, Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilogr. 70,50, Nr. 7/9 pr. März pr. 100 Kilogr. 77,00. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. März 80,75, pr. April 80,75, pr. Mai-Aug. 80,75.

London, 12. März. Havannazucker 29½ Sh.

Antwerpen, 12. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer stetig. Gerste unverändert.

Antwerpen, 12. März, Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffin., Type weiß, loco 35½ bez. u. Br., pr. März 35½ bez. u. Br., per April 35½ bez. u. Br., per September 37 Br., per September-December 38 Br. Steigend.

Bremen, 12. März, Nachm. Petroleum. (Schlußbericht.) Fest. Standard, white loco 13,75, per März 13,75, per April 13,75, per Mai 13,75, per August-December 15,25.

Hamburg, 12. März. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Weizen, April-Mai 218 M. Br., 217 M. Gd., September-October —. — Roggen, April-Mai 157 M. Br., 156 M. Gd., Sept.-October —. — Rüböl, Mai 68 M. Br., 67 M. Gd., October —. —. Petroleum, loco 14 M. Br., 13¾ M. Gd. — Spiritus, lauf. Monat 44¼ M. Br., 44¼ M. Gd., April-Mai 44 M. Br., 44 M. Gd., Mai-Juni 44 M. Br., 44 M. G., Juni-Juli 45 M. Br., 44½ M. G., Juli-August 45½ M. Br., 45 M. Gd., August-September 46 M. Br., 45¾ M. Gd.

Breslau, 13. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr von keiner Bedeutung, bei schwachen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in sehr fester Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,60 bis 20,00—22,00 Mark, gelber 17,50—19,80—21,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. neuer 15,00 bis 16 bis 17—17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neuer 12,80—14,20 bis 15,20 Mark.

Mais gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 11—11,50—12,30 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 12—13,70—15,80 Mark.

Bohnen unverändert, pr. 100 Kilogr. 15,70—17—18 Mark.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken niedriger, pr. 100 Kilogr. 11,20—12,30—13,20 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein in matter Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	—	22	—
Winterraps	30	50	27	50	26	50
Winterrübsen	29	—	25	50	24	—
Sommerrübsen	29	50	27	50	24	—
Leindotter	23	75	21	75	18	—

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,10—7,40 Mark.

Leinkuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 8,60—9 Mark.

Kleesamen schwach angeboten, rother preishaltend, per 50 Kilogr. 50—58—66—70—76 Mark, weißer unverändert, per 50 Kilogr. 52—62—65 bis 70—75 Mark hochfeiner über Notiz.

Thymothee matt, per 50 Kilogr. 22—25—28 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29,25—30,25 Mark, Roggen fein 27—28 Mark, Hausbacken 26—27 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8,25—9,25 Mark.

§ **Striegau**, 12. März. [Vom Getreide- und Productenmarkte.] Bei geringer Zufuhr und wenig lebhaftem Verkehr wurden auf dem heute abgehaltenen Wochenmarkte fast durchweg vorwöchentliche Preise gezahlt. Es kosteten 100 Kilogramm: Weißer Weizen 19,00—20,00—21,00 M., gelber Weizen 18,00—19,00—20,00 Mk., Roggen 16,00—17,00—18,00 Mk., Gerste 13,50—14,50—15,50 Mk., Hafer 14,50—15,50—16,50 Mk., Kartoffeln 3,20 bis 3,60 M., Heu 7,40 Mk., Richtstroh à Schock = 600 Klgr. 36 Mk., Krummstroh 30 M. Butter à Kilogramm 1,80—2,00 M. Schweinefleisch 1,20 M., Rindfleisch 1,00 M., Hammelfleisch 1,00 M., Kalbfleisch 0,80 M. Bohnen à Liter 20—25 Pf., Linsen 35—40 Pf., Erbsen 25—30 Pfg. Eier pr. Schock 2,40—2,60 M.

[Patente.] Preußen. Dem Maschinenbauer Wilhelm Hubert Schmitz zu Ehrenfeld bei Köln unter dem 4. März auf eine Blechscheere.

Königreich Sachsen. Auf 5 Jahre, 1. Februar 1877, Wilhelm Hertlein, Leipzig, Wasserleitungsfilter. — Verlängert bis 23. Februar 1878, Frist zu Ausführung des, Karl Pieper, Dresden für Andren Barklay Walker, Gatearce-Grange bei Liverpool unterm 21. März 1876 auf Verbesserungen an den Apparaten für Bierbrauereien und Brennereien ertheilten Patentes; verlängert bis 27. März 1878, Frist zur Ausführung des, J. H. F. Prillwitz, Berlin, für Léon Gunzburger-Levy, Paris, unterm 27. März 1876 auf einen Federkraftmotor ertheilten Patentes.

Oldenburg. 20. Februar. Kleinau u. Co., Hamburg, Sicherheitsschloß auf 5 Jahre. — Ferdinand Feistel, Berlin, Mehlsichtmaschine, auf 5 Jahre. — 1. Februar. Albert Zipser, Krakau, Einrichtung von Schneidewalzen zur Umgestaltung von Getreidekörnern in Gries auf 5 Jahre. — 2. Februar. C. L. Fehrmann, Potsdam, Getreide-Reinigungsmaschine, auf 5 Jahre.

Sachsen-Altenburg. 28. Februar. Dr. Harald Thaulow aus Christiania, Verfahren zur Darstellung von animalischem Leim und Gelatine aus schwarzem, übelriechenden Haartheer, auf 5 Jahre.

Reuß j. L. 27. Februar. Dr. Harald Thaulow, Christiania, Verfahren zur Herstellung von animalischem Leim und Gelatine aus schwarzem, übelriechenden Haartheer, auf 5 Jahre.

[Patente.] Preußen. Auf drei Jahre dem Fabrikanten Julius Gutmann in Berlin unter dem 6. März auf eine Häkel- und Zierstichmaschine. — Dem Dr. H. Grüneberg zu Kalk bei Köln unter dem 5. März auf einen Apparat zur Verarbeitung des Ammoniakwassers auf ammoniakalische Producte. — Dem Kamm- und Riethmacher R. Siebel zu Wermelskirchen unter dem 6. März auf einen Webestuhlschaft. — Dem Herrn Heinrich Westin zu Rostock unter dem 5. März auf einen Entfernungsmesser. Dem Herrn Alfred Brandt aus Hamburg, z. Z. Ingenieur der Gotthardtbahn in Zürich, unter dem 5. März auf eine hydraulische Rotations-Bohrmaschine. — Dem Herrn Henry Batemann Goodyear in Paris unter dem 6. März auf eine Vorrichtung zum Niederhalten der Sohle während der Bildung der Oese und dem Anziehen des Stichs an Sohlennähmaschinen. — Dem Techniker Fritz Thomsen zu Tondern unter dem 3. März auf einen selbstthätigen Closetspül-Apparat.

Königreich Sachsen. Auf 5 Jahre, 13. Februar 1877, Ernst François, Dresden, für Wilhelm Richter, Molnebo, z. Z. in Berlin, Kehrbürste mit beweglichem Stiel.

Lippe. 26. Februar, Herrn Dr. Harald Thaulow zu Christiania, neues Verfahren zur Darstellung von animalischem Leim und Gelatine aus schwarzem Haartheer nach Maßgabe der vorgelegten Beschreibung, 5 Jahre.

Anhalt. 1. März, A. Ruthel in Grabow bei Stettin, Vorrichtung zur Näherung und Entfernung der Rückenschieber einer Expansionsdampfmaschine, 3 Jahre.

Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts.

(Nachdruck verboten. Gesetz vom 17. Juni 1870.)

** **Leipzig**, 9. März. Neue Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts sind folgende:

Der Grundsatz, daß, um den Uebernehmer eines Handelsgeschäfts den bisherigen Geschäftsgläubigern gegenüber zu obligiren, es nicht genügt, daß der frühere Inhaber mit dem Uebernehmer vereinbart habe, die Passiva sollten mit dem Geschäft übergehen, sondern daß es dazu einer, sei es dem einzelnen Gläubiger gegenüber abgegebenen, sei es in Circularen ꝛc. überhaupt allgemein vorgenommenen Erklärung der Betheiligten beziehentlich des Uebernehmers bedürfe, findet nicht schlechthin Anwendung, wenn jene Vereinbarung zu Gunsten der Gläubiger getroffen ist. In diesem Falle sind die civilrechtlichen Grundsätze von Verträgen zu Gunsten Dritter maßgebend. Die Wirkung eines solchen Vertrages ist nach Gemeinem und Sächsischem Recht die, daß zwar, bis nicht der Gläubiger dem Vertrage beitritt, der ursprüngliche Schuldner den Uebernehmer seiner Verpflichtung entlassen, die Contrahenten den Vertrag rückgängig machen und modificiren können, daß aber der Gläubiger von da an, wo er beigetreten ist, das für ihn ausbedungene Recht erwirbt. Dieser Beitritt kann noch durch Anstellung der Klage erfolgen.

Der § 108 der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 — wonach diejenigen Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, welche sich auf die dort bezeichneten Angelegenheiten beziehen, wenn für diese besondere Behörden bestehen, bei diesen, in deren Ermangelung bei der Gemeindebehörde zur Entscheidung zu bringen sind — findet nicht blos dann, wenn es sich um Antritt oder Fortsetzung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses handelt, sondern auch dann Anwendung, wenn ein Anspruch auf Schadenersatz wegen unberechtigter Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses den Gegenstand des Streites bildet.

Der Handlungsfonds einer offenen Handelsgesellschaft ist Eigenthum der Gesellschaft, d. h. der Gesammtheit der Gesellschafter. Der firmirende Gesellschafter hat der Gesammtheit und den andern Gesellschaftern gegenüber die Stellung eines Bevollmächtigten beziehentlich Verwalters. Durch seine Geschäftsführung disponirt er nicht blos für seinen Antheil an dem Gesellschaftsfonds, sondern über die Gesammtheit der Antheile, unter denen sich neben dem seinigen auch die ihm nicht gehörigen Antheile befinden. Sämmtliche dieses Verwaltungsverhältniß betreffende Klagen können nach Preußischem und Gemeinem Recht im Gerichtsstande der geführten Verwaltung angebracht werden, also nicht nur die auf Erfüllung und die auf Rechnungslegung gerichteten, sondern auch die auf Auflösung des Verhältnisses bezielenden Klagen, und zwar letztere insbesondere auch dann, wenn die verlangte Wiederaufhebung der Societät auf einer vertragsmäßigen Abrede beruht. Außerdem hat die Handelsgesellschaft nach Preußischem und Gemeinem Rechte ihren Gerichtsstand an dem von ihr zum Mittelpunkt ihrer Geschäftsthätigkeit bestimmten Orte, wenn der Annahme nichts entgegensteht, daß die Gesellschafter ihre Angelegenheiten diesem Forum haben unterwerfen wollen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 12. 13.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 0°,2	— 3°,8	— 2°,8
Luftdruck bei 0°	332''',57	330''',39	326''',74
Dunstdruck	1''',45	1''',04	1''',41
Dunstsättigung	71 pCt.	74 pCt.	92 pCt.
Wind	[illegible] 1.	S. 2.	S. 1.
Wetter	trübe.	heiter.	trübe.

Breslau, 13. März. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 80 Cm. U.-P. — M. 20 Cm. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.